Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 1 24.11.25 08:50

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.
Veröffentlichung des Beirats für Geschichte

Demokratische Geschichte

Jahrbuch für Schleswig-Holstein 34

Herausgegeben von
Robert Bohn,
Uwe Danker,
Marie-Theres Marx,
Jürgen Weber

Husum

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 2-3
24.11.25 08:50

Bildnachweis Titel: Stolperschwelle in Husum, fotografiert 2025 (siehe in diesem Band S. 349)
Bildnachweis Rücktitel: Broder Carstensen engagiert sich in der Stellmacherei aus Elmshorn ehrenamtlich im Museum (siehe in diesem Band S. 386/387)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar

Die Herausgabe dieser Publikation wurde vom Kulturbüro der Hansestadt Lübeck gefördert.

© 2025 by Husum Druck- und Verlagsgesellschaft mbH u. Co. KG, Husum

Hersteller im Sinne der GPSR:
Husum Druck- und Verlagsgesellschaft mbH u. Co. KG
Nordbahnhofstraße 2, D-25813 Husum
www.verlagsgruppe.de – kontakt@verlagsgruppe.de
ISBN 978-3-96717-196-9
ISSN 0932-1632

Inhalt

Editorial 7

REGIONALGESCHICHTLICHE FORSCHUNGEN

Frank Petzold
Der Friedrich-Ebert-Gedenkstein in Eutin 11

Michael Ruck
„Reichsreform" im Norden? Arnold Brecht als Protagonist einer territorialen Neuordnung des Deutschen Reiches in der späten Weimarer Republik 18

Jürgen Markmann
Das Theodor-Schwartz-Haus der Arbeiterwohlfahrt in Lübeck-Brodten. Historische Anmerkungen von 1927 bis 1974 41

Hannes Jetter
Die Vereinszeitung der KSV Holstein als Spiegel der NS-Volksgemeinschaft 71

Marcel Lepper
Adolf Bartels: Literaturgeschichte, Antisemitismus, Rechtsextremismus . . . 111

Marie-Theres Marx
Alfred Kamphausen – Museumsarbeit und Kulturpolitik in drei deutschen Staaten 130

Robert Bohn
Kieler Prähistoriker und das SS-Ahnenerbe: Von den Grabungen in Haithabu zum Kulturgutraub in Osteuropa und zu den Nachkriegskarrieren 161

Henrik Becker-Christensen
Die Bedeutung und Wirkung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 193

Sebastian Lehmann-Himmel und Sebastian Lotto-Kusche
Zur Rolle des ehemaligen Landrats in Pinneberg Johann Justus Duvigneau im Nationalsozialismus 208

Uwe Danker
Eine „Nazi-Galerie"? Drei Pinneberger Bürgermeister und der Nationalsozialismus. Heinrich Backhaus (1888–1943), Karl Coors (1896–1958) und Henry Glissmann (1898–1966) 278

Beate Meyer
Stolpersteine – Erinnerung und Gedenken vor der Haustür 326

DIDAKTISCHES FORUM

Paula Lorenz
Geocaching auf den Pfaden der Dithmarscher Demokratiegeschichte 352

Christina Sachs
Einblicke in das digitale museale Vermittlungsprojekt: „Licht. Gestalten – Das Freilichtmuseum neu erzählt" 375

Mitwirkende 400

Editorial

Weltweit gerät derzeit das demokratische Herrschaftsmodell zunehmend in eine Bewährungsprobe. Populistische Strömungen und autoritäre Angebote sehr unterschiedlicher Art sind im Aufwind, „fake news" beeinflussen öffentliche Debatten, die Trumps und Putins, Orbáns und Xis, auch die Weidels und Höckes lassen grüßen. Wahrheit, Transparenz und Kritik, verstanden als intellektuelles Orientierungsmuster, sieht mancher in der Defensive. Die „Demokratische Geschichte", seit 1986 „auf dem Markt", hält gegen.

Wie wir finden, auch in diesem Jahr wieder mit einem Potpourri sehr spannender historischer Beiträge: Drei Aufsätze lassen sich dem demokratischen Laboratorium der Weimarer Republik zuordnen, vier widmen sich neben einer Vereinszeitung markanten schleswig-holsteinischen Repräsentanten von Wissenschaft und Kultur in der NS-Zeit, ein Beitrag betrachtet die Minderheitenpolitik, drei die aktuelle Erinnerungskultur und schließlich zwei Texte gelten geschichtsdidaktischen Innovationen.

Im Übrigen profitieren wir in dieser Ausgabe von einer besonders innovativen Vortragsreihe im Historischen Lernort Neulandhalle im Dieksanderkoog aus dem Jahr 2024. Die Beiträge von Marcel Lepper, Marie-Theres Marx und Beate Meyer stellen Überarbeitungen ihrer Vorträge dar. – Eine Reise an diesen fernen Punkt an die südliche Westküste lohnt immer.

Zu den Beiträgen:

Auf Initiative des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurde in Eutin 1927 der erste Gedenkstein in Deutschland für den zwei Jahre zuvor verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert errichtet. Frank Petzold erinnert nicht nur an diese in der Stadt seinerzeit heftig umstrittene Initiative und an die Beseitigung des Gedenksteins durch die Nationalsozialisten 1933, sondern auch an den schwierigen Prozess der Neuerrichtung nach dem Ende der NS-Herrschaft, der bis 1953 dauerte und den der Autor „Provinzposse" nennt.

Mit besonderem Augenmerk auf Norddeutschland beleuchtet Michael Ruck das Wirken des in Lübeck geborenen und aufgewachsenen Berliner Verwaltungsjuristen Arnold Brecht (1884-1977), der ein führender Protagonist einer territorialen „Reichsreform" in der Weimarer Republik gewesen ist. Der Ministerialbeamte setzte sich beharrlich für eine Neugliederung des Deutschen Reiches in einigermaßen gleichgewichtige Länder bei gleichzeitiger Stärkung der Reichsgewalt ein. Dieses Reformkonzept erwies sich jedoch Anfang der 1930er Jahre als nicht durchsetzungsfähig.

Jürgen Markmann unterzieht in seinem Aufsatz die ersten Jahrzehnte der Geschichte des Hauses der Arbeiterwohlfahrt in Lübeck-Brodten von 1927 bis 1974 einer akribischen Untersuchung. Er bearbeitet dabei vor allen die Enteignung und Umgestaltung nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten wie auch den komplizierten Rückgabeprozess nach 1945.

„Pünktlich" zum 125. Jubiläum der Kieler Sportvereinigung Holstein legt Hannes Jetter eine Studie über „*Vereinszeitung der KSV Holstein als Spiegel der NS-Volksgemeinschaft*" vor. In dem Beitrag, beleuchtet der Autor ein wichtiges von Selbstgleichschaltung und weitgehend

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 6-7 24.11.25 08:50

reibungsloser Anpassung an nationalsozialistische Ideologie und sportpolitische Vorgaben geprägtes Thema der lokalen Sportgeschichte.

Marcel Lepper setzt sich in seinem Beitrag aus einer literatur- und wissenschaftshistorischen Perspektive mit der Person Adolf Bartels auseinander. Dabei analysiert er nicht nur die zeitgenössische Rezeption der Schriften von Bartels, sondern auch die Kontinuitäten ihrer Wirkung und die Neuauflagen seiner Werke in der Nachkriegszeit bis hin zur Gegenwart. Anhand von Bartels´ Texten arbeitet Lepper zudem zentrale rhetorische Strategien antisemitischer Literaturgeschichtsschreibung heraus. Abschließend skizziert er auf der Grundlage von Forschungen im Goethe- und Schiller-Archiv der Klassik Stiftung Weimar Bartels´ Vernetzung im völkisch-antisemitischen Milieu und erörtert deren Nachwirkungen.

Marie-Theres Marx untersucht in ihrem Beitrag das kulturpolitische Wirken Alfred Kamphausens, des ehemaligen Leiters des Dithmarscher Landesmuseums sowie Mitbegründers und Direktors des Schleswig-Holsteinischen Freilichtmuseums. Sie zeichnet Kamphausens Vernetzung innerhalb der Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins nach und analysiert seine völkisch geprägten Vorstellungen von Museumsarbeit. Abschließend erörtert Marx Kamphausens Handeln nach 1945 und arbeitet dessen Ambivalenz zwischen Anpassung und Kontinuität heraus.

Der Beitrag von Robert Bohn beschäftigt sich mit den Karrieren von Kieler Prähistorikern, die ihren beruflichen Aufstieg der NS-Herrschaft und der Mitgliedschaft in der Partei sowie deren Organisationen, insbesondere dem SS-Ahnenerbe, zu verdanken hatten. Es geht auch um die Fortsetzung ihrer akademischen und beruflichen Karrieren nach 1945. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht dabei Herbert Jankuhn, der seit seiner vom SS-Ahnenerbe finanzierten Grabungen in Haithabu als Protegé Heinrich Himmlers eine reichsweit führende Rolle in der archäologischen Forschung und im Wissenschaftsbetrieb erreichte. Sein und seiner Kieler Kollegen Wirken während der Zeit der NS-Herrschaft ist erst in jüngerer Zeit hinlänglich erforscht worden.

Im März 2025 jährten sich zum 70sten Mal die Bonn-Kopenhagener Regierungserklärungen über die Rechte der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein und der deutschen in Dänemark. Henrik Becker-Christensen, Historiker und ehemaliger dänischer Generalkonsul in Flensburg, rekapituliert in seinem Beitrag das Zustandekommen dieser bedeutenden politischen Wegmarke und zeichnet die weitere Entwicklung bis in die Gegenwart nach. Er stellt dabei heraus, wie die 1955 getroffenen Regelungen in Schleswig-Holstein gelegentlich partiell in Frage gestellt wurden – insbesondere in Bezug auf die politische Rolle des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) –, bis schließlich 2013 das Landesverfassungsgericht ein völkerrechtlich bindendes Urteil dazu abgab.

Dem erinnerungskulturellen Umgang mit der NS-Vergangenheit widmen sich die folgenden drei Aufsätze. Behördenforschung - so lautet der Fachjargon, wenn sich eine Institution auf den Weg macht, Rolle und Handeln wichtige seiner Protagonisten in der NS-Zeit zu durchleuchten. Zwei Beiträge in diesem Band dokumentieren zwei sehr unterschiedliche Ansätze dieser seit nunmehr zwei Jahrzehnten Konjunktur erlebenden Disziplin für den Kreis und die Stadt Pinneberg: Sebastian Lehmann-Himmels und Sebastian Lotto-Kusches umfassendes Gutachten nimmt die Biografie des Pinneberger Landrats Johann Justus Duvigneau unter eine eher fachwissenschaftliche Lupe und arbeitet dabei exemplarisch und (regionalgeschichtlich) einordnend die Verantwortung von Vertretern traditioneller Verwaltungseliten für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft heraus.

Die Stadt Pinneberg nahm einen Konflikt um die „Bürgermeistergalerie" im Rathaus zum Anlass, Uwe Danker als externen Historiker zu beauftragen, die Biografien von möglicherweise belasteten Bürgermeistern fachwissenschaftlich zu beleuchten und Vorschläge zum Umgang mit den Gemälden unterbreiten. Das Ergebnis, nämlich drei sehr unterschiedliche, gleichwohl mit Blick auf die NS-Vergangenheit charakteristische Kurzbiografien stellt er im Beitrag vor und macht zudem sowohl sein Vorgehen als auch die Empfehlungen zum weiteren Umgang damit transparent.

Wir alle kennen und stolpern über „Stolpersteine" des Künstlers Gunter Demling. Inzwischen sollen es 120.000 in Deutschland und anderswo sein. Zahllose örtliche Initiativen und Schulen, die in jeden Einzelfall die Biografie des oder der Verfolgten recherchieren, stehen für eine einzigartige erinnerungskulturelle Bewegung. Dennoch gibt es außer einigen medialen Beiträgen keine systematische Darstellung. Das Desiderat schließt unsere Autorin: Beate Meyer, seit langem eine der Hauptverantwortlichen des Projektes in Hamburg, schildert Geschichte und Kennzeichen der Stolpersteinverlegungen, blendet auch kritische Aspekte und Konflikte nicht aus und führt einige plastische Beispiele von Verlegungen in Hamburg und Schleswig-Holstein vor. Ein wirklich verdienstvoller Aufsatz.

Das *Didaktische Forum* enthält in diesem Jahr zwei sehr innnovative Beiträge. Paula Lorenz verknüpft in ihrem Beitrag die Freizeitaktivität des Geocachings mit historisch-politischer Bildung. Aus geschichtsdidaktischer Perspektive erörtert sie die Chancen und Herausforderungen historischen Lernens an authentischen Orten und stellt das Geocaching als innovativen Zugang zur Geschichtskultur vor. Anhand des Projekts *„Geocachen auf den Pfaden der Dithmarscher Demokratiegeschichte"*, das in Kooperation mit der Partnerschaft für Demokratie Dithmarschen entstand, zeigt Lorenz abschließend dessen Beitrag zum außerschulischen historischen Lernen auf.

Schließlich stellt Christina Sachs in ihrem Beitrag das digitale Vermittlungsprojekt *„Licht. Gestalten – Das Freilichtmuseum neu erzählt"* des Freilichtmuseums Molfsee vor und nimmt die Leserinnen und Leser mit auf einen Rundgang durch die Ausstellung. Der Beitrag präsentiert in einer Bildreihe sowohl die elf digitalen Inszenierungen selbst als auch deren didaktische Hintergründe, die die Autorin im Sinne einer reflektierenden Kontextualisierung erläutert. Das Projekt zeigt beispielhaft die Potenziale der Digitalisierung für die museale Geschichtsvermittlung auf.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Intern wäre noch zu berichten, dass der geschätzte Kollege Jan Waitzmann aus der Redaktion ausgeschieden ist, weil er die Leitung des Erinnerungsortes Bückeburg in Niedersachsen übernommen hat und deshalb nachvollziehbar für eine schleswig-holsteinische Regionalpublikation ausfällt. Wir wünschen ihm in seiner wichtigen neuen Rolle viel Erfolg.

Robert Bohn, Uwe Danker, Marie-Theres Marx, Jürgen Weber

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 8-9 24.11.25 08:50

Uwe Danker

Eine „Nazi-Galerie"? Drei Pinneberger Bürgermeister und der Nationalsozialismus. Heinrich Backhaus (1888–1943), Karl Coors (1896–1958) und Henry Glissmann (1898–1966)

1. Einleitung

Der Konflikt

Bei den hier publizierten berufsbiografischen Skizzen zu den drei ehemaligen Pinneberger Bürgermeistern Heinrich Backhaus (1888–1943, BM 1933–1937), Karl Coors (1896–1958, BM 1937–1945) und Henry Glissmann (1898–1966, BM 1949–1963) handelt es sich um eine Auftragsarbeit für die Stadt Pinneberg. Auslöser war ein öffentlichkeitswirksamer Konflikt um die Bürgermeistergalerie im Rathaus: Die Pinneberger „Initiative 8. Mai" kritisierte die kommentarlose Hängung der Bilder von Coors und Glissmann, obwohl sie ehemals NSDAP-Mitglieder waren und es Hinweise auf möglicherweise problematische Rollen in der NS-Zeit gebe.

Am 14. Mai 1969 hatte der Magistrat der Stadt beschlossen, *„Gemälde der früheren Bürgermeister Henry Glissmann und Karl Coors"* in Auftrag zu geben. Weiter hieß es im Beschluss: *„Von der Anfertigung von Gemälden der weiteren Verwaltungschefs aus früherer Zeit soll abgesehen werden."* Gemeint war damit 1969 offenbar Zweierlei: Man wollte ausdrücklich nicht NS-Bürgermeister Backhaus in die Galerie aufnehmen, woraus geschlossen werden kann, dass Coors und Glissmann mit dieser Auswahl eine Ehrung zukommen sollte. Nach dem Anstoß durch die „Initiative 8. Mai" befassten sich 2023 und 2024 auf Antrag der SPD-Fraktion Ausschüsse der Pinneberger Ratsversammlung mit den Gemälden, parallel gab es ein massives mediales Echo: Von einer *„Nazi-Galerie im Rathaus"* schrieb das Hamburger Abendblatt (30.4.2024), das Pinneberger Tageblatt von einer *„NS-Galerie"* (6.5.2024); beide Blätter berichteten mehrfach ausführlich über den Fortgang des Konfliktes.

Markant an diesem Fall ist, dass anders als in vielen anderen Städten nicht ernsthaft über das einfache Abhängen der Ölgemälde, sondern über ergänzende informative Tafeln diskutiert wurde. Und: Ausgerechnet die „Initiative 8. Mai" brachte Vorschlag ein, auch den ersten NS-Bürgermeister Backhaus mit Abbildung und kritischen Informationen zu „würdigen". Am Ende

lagen jeweils sehr unterschiedliche Textentwürfe der Stadtverwaltung und der „Initiative 8. Mai" vor, die nicht vermittelbar sind. Der Lösungsversuch: Ein externer Historiker möge die Berufsbiografien der Bürgermeister beleuchten und Vorschläge zum Umgang mit den Gemälden unterbreiten. Die Wahl fiel auf den Autor.

Dieter Tietz
SPD-Fraktion

Pinneberg, 31.08.23

DS-Nr. 23/227
HA 14.09.2023 - TOP 7.1

Anfrage nach § 11 der Geschäftsordnung zur Bürgermeistergalerie

zur Beantwortung im Hauptausschuss am 14.09.23

1. Wer hat wann grundsätzlich beschlossen, dass Porträts der Bürgermeister im Rathaus angebracht werden?
2. Wie lautet der Beschluss und wie die Sitzungsvorlage?
3. Gab es Überprüfungen hinsichtlich der Personen, die in der NS-Zeit Mitglieder der NSDAP waren? Wenn ja, mit welchen dokumentierten Ergebnissen?
4. Wer hat wann beschlossen, dass von dem Bürgermeister Carl Coors (1937 – 1945) ein Porträt in der Galerie angebracht wird? Wie lautet der Beschluss und wie die Sitzungsvorlage?
5. Sieht die Bürgermeisterin Veranlassung, aufgrund der Presseberichterstattung am 26.8.23 im Hamburger Abendblatt und am 31.8.23 im Pinneberger Tageblatt dem Hauptausschuss einen Beschluss vorzuschlagen?

gez. Dieter Tietz

Berichtsantrag der SPD-Ratsfraktion vom 31.8.2023.

Das Problem

Grundsätzlich ist die Bereitschaft der Pinnberger Akteure, die Hängung der Gemälde beizubehalten und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Berufsbiografien der „Geehrten" zu suchen, sehr zu begrüßen.[1] Denn: Wer Bilder abhängt, Straßennamen ändert, Ehrungen widerruft, sorgt durch diese im antiken Rom hin und wieder gewählte „damnatio memoriae" – die Auslöschung der Erinnerung – dafür, dass eine kritische und möglicherweise auch lehrreiche Auseinandersetzung mit der Biografie einer Person unterbleibt oder jedenfalls nicht nahegelegt wird, was aus geschichtsdidaktischer Sicht abzulehnen ist. Nazis waren Nazis, die anderen waren es offenbar nicht: Schwarz-Weiß-Klischees haben noch nie vertieftes Verstehen

1 Siehe den Beitrag Uwe Danker: *„damnatio memoriae"* oder historischer Abenteuerspielplatz? Ein pragmatischer Hinweis zum Umgang mit problematischen Straßennamen, in: Demokratische 32 (2023), S. 260–271.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 278-279 24.11.25 08:52

erzeugt, Grautöne, die auch das Leben unserer Vorfahren in der NS-Volksgemeinschaft mitbestimmten, werden ausgeblendet.

Und dabei führen Fragen nach persönlicher Verstrickung in das NS-Unrecht, nach individueller Schuld und Verantwortung, nach Handlungsspielräumen und Entscheidungen Einzelner zu sehr vielen und durchaus unterschiedlichen Verhaltensweisen auch unter den Bedingungen der NS-Zustimmungsdiktatur. Bürgermeister waren institutionell betrachtet natürlich lokale Herrschaftsträger; das galt auch für den Leitenden Beamten und Besatzungsakteur Glissmann, der ab 1950 eine legendäre Bürgermeisterkarriere hinlegen sollte. Aber die Amtsinhaber

PINNEBERG

Die Porträts der ehemaligen Bürgermeister Henry Glissmann (l.) und Karl Coors sollen mit Tafeln ergänzt werden.

Anne Dewitz

Pinneberg. Wie soll eine Stadt mit den Porträts der Bürgermeister umgehen, die während der Nazi-Herrschaft regierten? Dieser Frage stellen sich in Pinneberg Politik und Verwaltung seit geraumer Zeit. Anlass dafür sind die beiden Porträts der ehemaligen Bürgermeister der Stadt Pinneberg Karl Coors und Henry Glissmann. Die Bilder hängen öffentlich in der Bildergalerie im Foyer des Rathauses, und zwar ohne einen einordnenden Kommentar.

Galerie mit Nazi-Bürgermeistern: So reagiert die Stadt

Noch immer hängen im Pinneberger Rathaus die Gemälde von Amtsinhabern mit NSDAP-Parteibuch. Jetzt soll es eine Änderung geben

Warum wird die gute Verbindung von Coors zu dem Ortsgruppenleiter der NSDAP Krömer nicht mehr erwähnt?

Dieter Borchardt, Einwohner aus Pinneberg

Das sorgte bereits im vergangenen Jahr dem Thema. Nach dem Kulturausschuss müssen sich noch der Hauptausschuss am 2. Mai sowie Ratsversammlung am 23. Mai der Sache annehmen und eine Entscheidung fällen.

politik ernannt und ab 1944 zusätzlich zum Bürgermeister von Elmshorn. Im Juni 1945 wurde er in seiner Funktion in Elmshorn durch die britische Militärregierung bestätigt. Nur wenige Monate später, im September 1945, musste er in „Autotariatsgehilfe bei der Pinneberger Stadtverwaltung, wurde 1926 Obersekretär und Büroleitender Beamter. Er engagierte sich in Vereinen und Verbänden. Nach 1933 gab es eine Meldung, Glissmann sei politisch unzuverlässig, er wurde aber weiterhin bei der Stadt Pinneberg beschäftigt.

Im September 1942 wurde er von der Abteilung Verwaltung des Generalkommissars in Riga angefordert, wo er in der Hauptabteilung Verwaltung / Zentral- und Personalabteilung tätig war. Mit dem Vorrücken der Roten Armee wurde er in den Regierungsbezirk Kattowitz beordert. Eine Krankheit brachte ihn zurück nach Pinneberg.

Glissmann war von 1950 bis 1963 Bürgermeister in Pinneberg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er unter der britischen Militärregierung entlassen und musste bei der Torfgewinnung im Himmelmoor arbeiten. 1945 trat Glissmann in die SPD ein. 1946 wurde er wieder im Pinneberger Rathaus angestellt und drei Jahre später zum Stadtdirektor ernannt. 1950 bis 1963 wurde er zum Bürgermeister gewählt. Glissmann starb 1966 in Pinneberg.

sen. Die Verwaltung verweist darauf, dass die Publikation der Geschichtswerkstatt über den Nationalsozialismus in Pinneberg viele bis dahin unbekannte Quellen, insbesondere auch zum Handeln der Bürgermeister Coors und Glissmann, herangezogen hat. „Es wurden dort sowohl Akten des Bundesarchivs zur genauen Tätigkeit Henry Glissmanns in Riga 1942 bis 1944 als auch zahlreiche Akten zur Tätigkeit von Karl Coors in Pinneberg und Elmshorn 1937 bis 1945 ausgewertet. Dies war Grundlage der abgegebenen Darstellung", heißt es in den Ausschuss-Unterlagen.

Bürgermeister Heinrich Backhaus taucht in Galerie im Rathaus nicht auf

Borchardt monierte zudem, dass die Verwaltung zu der Besetzung Lettlands schreibt: „Das Generalkommissariat Riga war die deutsche Regierung für Lettland und umfasste 281 Mitarbeiter in den drei Abteilungen Politik, Verwaltung und Wirtschaft".

Die Verwaltung weist darauf hin, dass es sich hierbei um ein Zitat aus der deutschen Verwaltung des Generalkommissariats Riga von 1942 handle, das so gekenn-

Ausrisse aus der breiten Medienberichterstattung. Hier das Hamburger Abendblatt vom 13.3.2024 und das Pinneberger Tageblatt vom 24.6.2024.

VORMITTAG 20° | NACHMITTAG 24° | MORGEN 27°

Auf den Spuren der Nazi-Vergangenheit

Offener Brief der Pinneberger Initiative 8. Mai: Neue Details zu Ex-Bürgermeistern Coors und Glissmann

René Erdbrügger

Seit knapp einem Jahr wird öffentlich über die Bildergalerie der Bürgermeister im Pinneberger Rathaus diskutiert. Dabei geht es um die Porträts der ehemaligen Bürgermeister der Stadt Pinneberg Karl Coors (1865 – 1958) und Henry Glissmann (1898 – 1966). Die Gemälde hängen im Foyer des Rathauses – ohne Hinweis auf deren Nazi-Vergangenheit.

Texttafeln der Verwaltung abgelehnt

Dieter Borchardt, Sprecher der Pinneberger Initiative 8. Mai (**kl. Foto**), hatte das kritisiert. Die Ratsversammlung hatte daraufhin beschlossen, dass unter den Bildern von Coors und Glissmann Texttafeln mit Informationen zu deren Wirken angebracht werden sollen. Doch die Textvorschläge

Karl Coors war Bürgermeister der Stadt Pinneberg von 1937 bis 1945. Foto: René Erdbrügger

Henry Glissmann, Bürgermeister von 1950 bis 1962, ist als Mitglied der Stadtverwaltung 1937 der NSDAP beigetreten. Foto: Privat

fentlicht wurde", schreibt er. Borchardt geht auf die Rolle von Glissmann in Riga ein: „Dort hat er den Job so gut

risch einwandfreie Analyse zu dem Besatzungsregime in Riga zu erstellen. Borchardt bezieht sich dabei lieber auf

befördert wurde, betont Borchardt. Zu Bürgermeister Coors führt Borchardt an, er hätte proaktiv Menschen zur

ben gegen die Diktatur" von Hildegard Kadach und Dieter Schlichting erwähnt wurden. „Krömer hat Juden und

tionen durch die jetzige Bürgermeistergalerie." Folgende Vorschläge hat Borchardt:

Textvorschlag Henry Glissmann: „Herr Glissmann hat unter wechselnden Regierungsformen – Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Staat und Bundesrepublik – erfolgreich Karriere gemacht. Selbst als Teil eines mörderischen Besatzungsregimes in Riga konnte er bei der Ausbeutung der besetzten Ostgebiete im Sinne des faschistischen Deutschland überzeugen und wurde befördert. 1950 wurde er für dreizehn Jahre Pinneberger Bürgermeister."

Textvorschlag Karl Coors: „Bürgermeister Coors hat engagiert Andersdenkende und jüdische Mitbürger verfolgt mit dem Ziel einer Einweisung in einem Konzentrationslager. 1958 hat die Stadt Pinneberg ihm

Die Steine des Anstoßes: die Bürgermeistergalerie mit den unkommentiert hängenden Gemälden von Coors (links) und Glissmann (rechts). (Bildnachweis: Tieneke Aden)

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 280-281 24.11.25 08:52

konnten ihre Rolle so oder auch anders ausfüllen, sie besaßen Handlungsspielräume und sie mussten immer wieder neu für sich entscheiden, wie weit sie gehen, sie mitmachen würden.

Fragen, die sich nicht nur diese lokalen Elitenangehörigen, sondern für so viele Menschen – Juristen, Polizisten, Soldaten, Ärzte, Lehrkräfte … –, unsere Vorfahren also, stellten. – Wer wachsam demokratische Strukturen achten, schützen und gegebenenfalls mit eigenen Grenzziehungen verteidigen will, sollte sich kritisch und demütig mit historischen Beispielen befassen, denn gewiss steckt nicht jedem von uns ein todesmutiger Widerstandskämpfer. Was darf man erwarten an Grenzziehungen und an Mut, wie funktionierten Wege der Verstrickung, wieviel Handlungsspielraum blieb auch im NS-Herrschaftssystem, wo setzt individuelle Schuld ein? Fragen über Fragen!

Der Versuch

Der Auftrag schien zunächst überschaubar zu sein, denn der Forschungsstand zur NS-Geschichte Pinnebergs ist vergleichsweise sehr gut. Arbeiten der Geschichtswerkstatt der Volkshochschule Pinneberg und insbesondere publizierte Forschungen von Johannes Seifert liefern eine sehr ordentliche Grundlage. Bei den Fragestellungen nach individuellen Handlungsspielräumen und Verantwortlichkeiten der untersuchten drei Personen stellte sich aber schnell heraus, dass umfängliche Auswertungen von Personalakten und Einzelaktivitäten notwendig wären, um belastbare Aussagen für die Einzelakteure zu treffen.

Die Idee war, die Gemälde mit jeweils einem Kurztext zu versehen und per QR-Code eine genauere, aber gleichwohl überschaubare Einordnung der jeweiligen Berufsbiografie zu liefern, die insbesondere auch anhand markanter Originalquellen eine eigene Beschäftigung und Meinungsbildung durch die Leserinnen und Leser ermöglicht. Die Zielgruppen sind heterogen, aber insbesondere wird auch an Schülerinnen und Schüler gedacht, die von engagierten Lehrkräften begleitet Auseinandersetzung mit diesen originalen und durchaus unterschiedlichen NS-Berufsbiografien suchen.

Leicht modifiziert, nämlich durch eine gedruckte Version, wird das derzeit in Pinneberg realisiert. Ob der inhaltliche Streit damit beigelegt ist, wird die Zukunft zeigen.

Die drei biografischen Texte werden hier unverändert abgedruckt. Aus Platzgründen können die verknüpften Quellen aber nur in reduzierter Auswahl angeboten werden. Die Hinweise auf die anderen bleiben aber erhalten.

Die Meinungsbildung über diese drei Berufskarrieren sei auch hier den Leserinnen und Lesern überlassen.

2. Heinrich Backhaus (1888–1943)

Kurzbiografie von Heinrich Backhaus[2]

Heinrich Backhaus (1888–1943), 1914 bis 1918 Unteroffizier im Ersten Weltkrieg, durchläuft eine mittlere Laufbahn im Postdienst, ab 1928 ist er stellvertretender Amtsvorsteher im Postamt Ahrensburg.

Anfang 1925 zählt Backhaus zu den ersten Mitgliedern der wiedergegründeten NSDAP in Altona, wo auch Schleswig-Holsteins NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse beheimatet ist. Backhaus wird Propaganda- und stellvertretender Ortsgruppenleiter, amtiert 1929 bis 1932 als NSDAP-Kreisleiter in Steinburg und ab 1931 als Leiter der Beamtenabteilung des NSDAP-Gaus. Jeweils kurze Zeit ist er auch Mitglied im Kreis-, Provinzialland- und Reichstag. – Heinrich Backhaus ist ein ideologisch gefestigter Nationalsozialist der ganz frühen Zeit und Weggefährte des Gauleiters.

Auf Basis seiner frühen Parteikarriere in der NSDAP wird Backhaus im September 1933 unter 130 Bewerbungen ohne weiteres Auswahlverfahren zum Bürgermeister Pinnebergs ernannt, während man den Sozialdemokraten Wilhelm Burmeister vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Im kommunalen Gespann mit dem ortsansässigen NSDAP-Ortsgruppenleiter Krömer gilt Backhaus als verwaltungsferner Ideologe und NS-Propagandist.

Backhaus amtiert für vier Jahre bis August 1937, wechselt als hauptamtlicher NSDAP-Kreisleiter nach Gießen und wird Anfang 1943 Präsident der Hessischen Brandversicherungskammer. Er stirbt am 5. Juni 1943 eines natürlichen Todes.

Lupenreine NSDAP-Karriere

Dass Postinspektor Backhaus im Sommer 1933 in Konkurrenz zu 129 Mitbewerbern kurzerhand zum Bürgermeister von Pinneberg ernannt werden konnte und wurde, hatte er allein seiner Parteilaufbahn in der NSDAP zu verdanken. 1924, noch während des nach dem Putschversuch im November 1923 erlassenen Verbots der NSDAP, war Backhaus dem „Völkisch-Sozia-

2 Quellen zur Biografie von Heinrich Backhaus: StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus (400 S.); StadtA Pinneberg, „Manuskript" der Rede von Backhaus am 28.1.1935 (36 S.) (QUELLE 3); Pinnberger Tageblatt, Ausgaben vom 24.1.1934, 5.12.1934, 22.7.1935 (Basierend auf Recherche und Wiedergabe von Johannes Seifert, s. u.).
Literatur: Johannes Seifert: Pinneberg zur Zeit des Nationalsozialismus, Pinneberg 2000/2014; Sebastian Lehmann: Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Elite, Bielefeld 2007; Johannes Seifert: Stadtwerke Pinneberg 1933–1945, in: Geschichtswerkstatt VHS Pinneberg: Pinneberg 1945, Pinneberg 1996, S. 138–184.
Formale Daten zur Biografie: Lebenslauf, StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus, pag. 8–10; Ernennung, Weggang etc. diverse Schriftstücke in ebenda, pag. 3ff., 13ff., 41ff., 46f., 194f., 383. Vgl. Seifert 2000/2014, S. 140f. Alle konkreten weiteren Belege im Folgenden.
Hinweis: Aufgrund der begrenzten Quellenlage basiert dieser Text (anders als die Beiträge über Glissmann und Coors) stark auf den hier aufgelisteten publizierten Arbeiten. Das gilt auch für die exemplarische Quellenauswahl, die, wie angezeigt, den Recherchen von Seifert folgt.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 282-283 24.11.25 08:52

len Block" beigetreten, der von Nationalsozialisten als Ausweichorganisation begriffen wurde. Jedenfalls galt Backhaus nach der Neugründung der NSDAP 1925 mit seiner niedrigen Mitgliedsnummer 7477 als einer der *„schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten der ersten Stunde"*.[3] Das würde ihm insbesondere ab 1933 einen Ehrenstatus im NS-Staat sichern! Backhaus wurde Propagandaleiter und stellvertretender Ortsgruppenleiter in der Ortsgruppe Altona, wo auch Schleswig-Holsteins NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse Mitglied war. Im Kreis Stormarn baute Backhaus die NSDAP mit auf, wurde mit Gründung der Kreisorganisation 1929 Kreisleiter der Partei und profilierte sich mit rigorosen Angriffen gegen den sozialdemokratischen Reichsabgeordneten Louis Biester und den liberalen Landrat Friedrich Knudsen.[4] In Folge innerparteilicher Konflikte verlor er 1932 das Kreisleiteramt, behielt aber seine 1931 erlangte Funktion als „Gauamtsleiter für Beamte" sowie „Gauwalter des Reichsbundes der Deutschen Beamten". – Gauleiter Lohse ließ ihn also nicht fallen. Phasenweise, allerdings jeweils nur für kurze Zeit, war Backhaus Mitglied im Stormarner Kreistag, Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtag sowie auch im Reichstag. Insbesondere das von den Nationalsozialisten so verachtete Reichsparlament sicherte ihm Diäten und kostenlose Reisen.

SA-Mann, NSDAP-Propagandaredner und Bürgermeister Heinrich Backhaus um 1935. (Bildnachweis: Seifert, Pinneberg zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 141)

Als Backhaus sich im August 1933 auf die Bürgermeisterstelle von Pinneberg bewarb, wurde er ohne weitere Auswahlprozeduren unter 130 Konkurrenten ausgewählt,[5] obwohl fraglos eine ganze Reihe besser qualifizierter, etwa als Bürgermeister vergleichbarer Kleinstädte erfahrene Bewerber, unter ihnen waren.[6] Im Februar 1937 verlieh der NSDAP-Reichsschatzmeister das „Ehrenkreuz der NSDAP" samt Urkunde an Backhaus.[7] Seine im selben Jahr erfolgte Übernahme als hauptamtlicher Kreisleiter Wetterau mit Sitz in Gießen stellte mit dem Dualismus Landrat-Kreisleiter[8] im etablierten NS-Staat einen deutlichen

3 Auch zum Folgenden: Lehmann 2007, S. 277f.
4 Vgl. ebenda, S. 68, 79, 86.
5 Vgl. die Liste der Bewerbungen in: StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus, pag. 25–35.
6 Vgl. beispielsweise die erkennbar verärgerte Korrespondenz des Mitbewerbers Dr. Günther aus Lütjenburg, in: StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus, pag. 16–21. Die Stadt Uetersen profitierte durch die Weitergabe der Bewerbungen, vgl. ebenda.
7 Abschrift der Ehrenurkunde in: StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus, pag.191.
8 Vgl. Lehmann 2007, S. 237–313.

Aufstieg dar, der 1943 mit der versorgungsorientierten Frühstücksdirektorenrolle bei der hessischen Brandkasse gekrönt wurde.

Verwaltungsfremder Bürgermeister

Die örtliche Machtübernahme der Nationalsozialisten vollzog sich 1933 wie überall schrittweise und – wo nötig – in einem Mix aus Korrekturen der Kommunalwahlergebnisse vom März 1933, Pression und direkter Gewalt. Die drei kommunistischen Gemeindevertreter durften schon zur konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nicht erscheinen, die fünf gewählten Sozialdemokraten verloren am 26. Juni ihre Mandate. Am selben Tag verhaftete man zehn örtliche Kommunisten und Sozialdemokraten.[9] Nach einigen Gesprächen, in denen auch der erste Beamte Henry Glissmann eine Rolle spielte, akzeptierte der noch für zwei weitere Jahre gewählte sozialdemokratische Bürgermeister Wilhelm Burmeister am 29. Mai 1933 seine *„Beurlaubung aus gesundheitlichen Gründen"*, obwohl er nach der Kommunalwahl angedeutet hatte, zur Kooperation mit der NSDAP bereit zu sein.[10]

Im August erfolgte die Ausschreibung der Bürgermeisterstelle, 130 Bewerbungen gingen ein, auch jene von Backhaus. In Schreiben und Lebenslauf setzte er vor allem auf seine NSDAP-Karriere und nationalsozialistische Gewährsleute.[11] (QUELLE 1 Bewerbung 28.8.1933) Am 15. September 1933 kommissarisch mit dem Amt betraut, führten die verbliebenen Stadtverordneten am 27. Oktober *„die Wahl durch Zuruf"* durch. (QUELLE 2 kommissarische Ernennung, „Wahl") Am selben Tag reduzierte sich die Stadtverordnetenversammlung auf einen dreiköpfigen ständischen Ausschuss; zum Ende des Jahres löste das „Gemeindeverfassungsgesetz" die städtischen Institutionen auf. Das Führerprinzip auf Gemeindeebene war etabliert.[12]

Bürgermeister Heinrich Backhaus und – ab Anfang 1934 der neue – NSDAP-Ortsgruppenleiter Alfred Krömer waren fortan und für vier Jahre die mächtigsten örtlichen NS-Verantwortlichen. In diesem Gespann erscheint nach Darstellung des Lokalhistorikers Johannes Seifert Krömer als politisch eher blass, aber recht geachtet, weil er ein eingesessener Handwerker war, während Backhaus als Nationalsozialist der ersten Stunde und fanatischer Ideologe geschildert wird. Zur eigentlichen Amtsführung von Backhaus ist nicht viel dokumentiert. Seifert überliefert eine innerparteiliche Querele um die Stadtwerke, in der Backhaus sich nicht scheute, die Geheime Staatspolizei einzuschalten.[13]

9 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 95ff., 129ff.
10 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 97–100.
11 Bewerbung und Lebenslauf in: StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus, pag.7–10 (QUELLE 1). Interessant am Rande erscheint, dass die Bewerbung Datum und Eingangsstempel 28.8.1933 trägt, während die eigentliche Ausschreibung erst am 30.8. in der Schwarztschen Vakanzen-Zeitung erschien. (StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus, pag. 1). Bereits am 18. August hatte der (noch) amtierende NSDAP-Ortsgruppenleiter und kommissarische Bürgermeister Baselli beim Regierungspräsidenten den – vergeblichen – Versuch unternommen, Backhaus ohne Ausschreibung kommissarisch einzusetzen. (StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus, pag. 2ff.) Zu Baselli vgl. Seifert 2000/2014, S. 64.
12 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 130.
13 Vgl. Seifert 1996, S. 141ff. Vgl. den dokumentierten Ärger über die Umgehung der Ortspolizei, der Backhaus vorgesetzt war: Seifert 2000/2014, S. 114.-118.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 284-285 24.11.25 08:52

Bewerbung des komm. Amts- und Gemeindevorstehers Backhaus um die Stelle des Bürgermeisters.

Bewerbung, Lebenslauf
StadtA Pinneberg,
Personalakte Backhaus,
pag. 7-10

Ahrensburg/Holst., den 28.Aug.33.

Magistrat
Eing.: 28. AUG. 1933
Pinneberg

Als langjähriger Verwaltungsbeamter (Eintritt in den Reichsdienst 1905) und als alter Vorkämpfer für die nationalsozialistische Erhebung bitte ich, mich für die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Pinneberg berücksichtigen zu wollen.

In der Anlage füge ich meinen Lebenslauf bei.

Auskunft über meine Person können erteilen :

Der Oberpräsident, Gauleiter Pg. Lohse.
" OPI Menck, Altona-E., Postamt 1.
Die Regierungsräte Dr. Cossmann und Dr. Schaper, Schleswig.
Der Regierungsdirektor Dr. Denicke, Schleswig.

Eine Reihe von Reichs- und Landtagsabgeordneten und Landräte, die ich auf Wunsch namhaft mache.

Backhaus

An den
Magistrat der Stadt Pinneberg,
Pinneberg.

Ich bin am 3.12.1888 als Sohn des Hofbesitzers Fritz Backhaus in Jehrden, Kreis Harburg, geboren. Vom 6. bis zum 11. Lebensjahr besuchte ich die Volksschule in Fleestedt. Vom 11. bis zum 15. Lebensjahr besuchte ich die 8 klassige Mittelschule in Harburg und vom 15. bis 16. Lebensjahr die erste Klasse der Knaben-Mittelschule in Altona. Ich erhielt Ostern 1905 das Reifezeugnis dieser 9 klassigen höheren Lehranstalt.

Am 28. April 1905 trat ich als Postgehilfe in den mittleren Beamtendienst im Bezirk der OPD Hamburg ein.

1909 legte ich die Assistentenprüfung ab und 1915 die Vollprüfung als Postsekretär (Verwaltungs-Prüfung).

Vom Herbst 1910 bis zum Herbst 1912 habe ich beim 2. Eisenbahn-Reg. in Berlin-Schöneberg meiner Militärpflicht genügt. Ich wurde als Unteroffiziers-Aspirant entlassen. Am 1. Mobilmachungstage 1914 wurde ich zum Kriegsdienst einberufen. Während der ganzen Kriegszeit war ich ununterbrochen im Felde. Ich erhielt als Auszeichnung das E.K.II und das Hanseatenkreuz. Ich wurde Unteroffizier und im Jahre 1917 Zahlmeister-Stellvertreter und führte die Zahlmeister-Geschäfte selbständig bei einem Eisenbahn-Eisenbahn-Battaillon.

Am 28. Februar 1919 wurde ich aus dem Militärdienst entlassen und trat wieder in den Postdienst ein. Bis zum Jahre 1928 war ich Stellenvorsteher beim Postamt 8 in Hamburg und zwar war ich bei allen Stellen einschl. des Hauptkassendienstes tätig.

Am 1. Juni 1928 wurde ich nach dem Postamt Ahrensburg versetzt. Ich bekam die frei gewordene Stelle eines Postinspektors und stellvertretenden Amtsvorstehers, die ich bis zum 1. April 1933 inne hatte.

Von diesem Tage ab bin ich auf ½ Jahr beurlaubt, weil ich vom Landrat des Kreises Stormarn zum komm. Amts- und Gemeindevorsteher von Ahrensburg eingesetzt worden bin.

Im Jahre 1924 trat ich in den Völkisch-Sozialen Block ein. Anfang 1925 nach der Haftentlassung unseres Führers Adolf Hitler wurde die Trennung zwischen Nationalsozialisten und Deutsch-Völkischen vorgenommen. Ich bekannte mich zur NSDAP und trat mithin Anfang 1925 in die NSDAP in Altona ein. Ich erhielt die Mitgliedsnummer 7474. Von diesem Tage ab bin ich ununterbrochen aktiv in der NSDAP tätig. In den Jahren 1926 bis 1928 war ich stellvertretender Ortsgruppenleiter in Altona. Von 1928 bis zum September 1932 wurde ich vom Gauleiter Lohse zum Kreisleiter des Kreises Stormarn ernannt. Seit April 1931 bis ich ausserdem Leiter der Beamtenabteilung des Gaues Schleswig-Holstein. Durch Ernennung des Pg. Sprenger war ich vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1932 Landesobmann der Landesinspektion Nord für die Gaue Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg, Lübeck und Pommern. Vom 1. Januar 1933 ab wurden die Landesinspektionen aufgelöst und an diese Stelle traten die Kommissare. Von diesem Tage ab bin ich Kommissar für diese Inspektionen.

Ich war kurze Zeit Kreistags-Abgeordneter des Kreises Stormarn und Mitglied des Reichstages. Als solcher trat ich freiwillig zu Gunsten eines zu langjährigem Zuchthaus verurteilten SS-Führers zurück, damit der SS-Führer in den Genuss der Immunität gelangte. Zur Zeit bin ich Provinziallandtagsabgeordneter des Provinziallandtages Schleswig-Holstein. Neben meiner Tätigkeit als Leiter der Beamtenabteilung des Gaues Schleswig-Holstein bin ich Gau-Redner, Bundeswart des Deutschen Beamtenbundes und Beauftragter des Reichskommissars für Beamtenorganisationen.

Backhaus

Die allein auf „Verdienste" um die NS-Bewegung setzende Bewerbung von Backhaus auf die ausgeschriebene Bürgermeisterstelle. (Bildnachweis: Personalakte Backhaus, StadtA Pinneberg)

Konkrete Verwaltungsarbeit lag dem Bürgermeister nach übereinstimmenden Berichten jedenfalls nicht.[14] Henry Glissmann, zu dieser Zeit der Leitende Beamte der Kommunalverwaltung, charakterisierte Backhaus nach dem Ende der NS-Herrschaft wie folgt: *„Backhaus war ein guter Mensch, aber zur Führung der Stadtgeschäfte einfach nicht in der Lage, hatte auch gar nicht die Absicht, sich mit der Verwaltung ernsthaft zu beschäftigen."*[15] Allerdings – das könnte die Formulierung „guter Mensch" erklären helfen – verdankte Glissmann ausgerechnet dem schleswig-holsteinischen NSDAP-Gauamtsleiter für Beamte Heinrich Backhaus die Einstellung des (Entlassungs-)Verfahrens nach dem Berufsbeamtengesetz vom April 1933.[16]

14 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 140ff.
15 Glissmann Einlassung 10.4.1946, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 17–22, hier 18).
16 Vgl. die Darstellung im parallelen Text über Henry Glissmann.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 286-287 24.11.25 08:52

Abschrift.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums am 27. Oktober 1933.

.-.-.-.

3. Wahl des Bürgermeisters.

Ernennung, Wahl
StadtA Pinneberg,
Personalakte
Backhaus, pag 11, 43

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, daß Bürgermeister Burmeister infolge Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt ist. Damit ist die Stelle zur Besetzung frei.

Es wird beschlossen, für die Durchführung der Wahl auf das förmliche Wahlverfahren gemäß § 23 der Geschäftsordnung zu verzichten und die Wahl durch Zuruf vorzunehmen.

Auf Vorschlag des stellv. Stadtverordnetenvorstehers wird der bisherige kommissarische Bürgermeister Oberpostinspektor Heinrich Backhaus gemäß § 30 der Städteordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 14. 4. 1869 auf die Dauer von 12 Jahren zum Bürgermeister der Stadt Pinneberg einstimmig gewählt.

V. g. u.
gez. Unterschriften.
.-.-.-.-.

„Wahl" von Backhaus per Akklamation, nachdem man den legitimen, gewählten Bürgermeister durch „Krankheit" zum Amtsverzicht genötigt hat. (Bildnachweis: Personalakte Backhaus, StadtA Pinneberg)

Ansonsten rühmte sich Backhaus durchaus eigener Leistungen zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", wie das Pinneberger Tageblatt Anfang 1934 über eine seiner Reden im Rathaus berichtete: *„Die Ausschaltung aller unzuverlässigen Beamten war eine Notwendigkeit. Es kamen dafür infrage die Parteibuchbeamten, … die Beamten nicht arischer Abstammung und dann solche, die keine Gewähr dafür boten, dass sie sich jederzeit für den nationalen Staat einsetzen würden. Weiter wurde die restlose Beseitigung aller politischen Parteien … geschildert und die Eingliederung der christlichen Kirche in den neuen Staat erläutert."*[17]

Auf einem der regelmäßigen Schulungsabende, veranstaltet im Dezember 1934 für Beamte und Angestellte, an dem diesmal auch Landrat Duvigneau als Gast teilnahm, referierte Backhaus über „Rasse und Volk", „Judenfrage" sowie „Familie und Sippe": *„Jede Vermischung mit Rassefremden führt zwangsläufig zum Untergang des Volkstums, viele Völker sind daran zugrunde gegangen. Die Zurückdrängung der Fremdrassigen und Reinerhaltung unserer Rasse*

17 Pinnberger Tageblatt 24.1.1934, zitiert nach Seifert 2000/2014, S. 194f. Tatsächlich waren mehrere Verwaltungskräfte und Polizisten entlassen worden. Vgl. ebenda S. 118f.

muß daher gefordert werden…. Die Verstädterung vernichtet allmählich die rassische Kraft unseres Volkes, das Bauerntum ist der wichtigste Träger der Rasse… Gefordert wird Verhinderung der Vermehrung von Erbkranken und Minderwertigen sowie Förderung der Vermehrung aller Erbgesunden und Wertvollen. Der rassische Wille des Volkes wird wieder geweckt… der Jude weiß genau, dass er die Völker, in denen erlebt, nur zerstören kann, wenn er die Familie zerstört. In der germanischen Vorgeschichte spielt die Sippe eine große Rolle. Sie wird im völkischen Staat wieder größere Bedeutung erlangen. Die Standesämter werden jetzt Sippenämter…"[18] – Das war komprimierte NS-Ideologie auf niedrigem Niveau. Es ist schon erstaunlich, mit welchem Selbstbewusstsein Backhaus seine Plattitüden außer den ihm unterstellten Beamten auch vor dem fraglos gebildeteren und zum Teil vorgesetzten Karrierejuristen Duvigneau, dem Landrat, vortrug!

Propagandaredner

Offenkundig fand Heinrich Backhaus, der parallel zur Bürgermeistertätigkeit und der Rolle als Gauamtsleiter für Beamte im NSDAP-Kreisverband das Amt des „Schulungsleiters" wahrnahm, in propagandistischer Tätigkeit seine eigentliche Rolle.[19]

Exemplarisch sei – bezogen auf seine Bürgermeistertätigkeit – auf das überlieferte Manuskript einer bilanzierenden Rede vom 28. Januar 1935 verwiesen. Sie fand im Rahmen einer

Backhaus in seiern Lieblingsrolle als Redner um 1935. Hinter ihm stehend mutmaßlich Henry Glissmann, zu diesem Zeitpunkt der Leitende Beamte der Stadt Pinneberg. (Bildnachweis: Seifert, Pinneberg zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 194)

18 Wiedergegeben im Pinnberger Tageblatt 5.12.1934, zitiert nach Seifert 2000/2014, S. 196f.
19 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 193–200.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 288-289 24.11.25 08:52

StadtA Pinneberg, „Manuskript" der Rede von Backhaus am 28.1.1935

Versammlung, einberufen vom Bürgermeister der Stadt Pinneberg im Lokal "Osterholder Quellenthal" am 28. Januar 1935.

Nachdem die Musikkapelle von Ramcke das Niederländische Dankgebet gespielt hat, führt der Bürgermeister etwa folgendes aus:

Zunächst danke ich Jhnen Allen für Jhr Erscheinen und für das dadurch bekundete Jnteresse an dem Wohl und Wehe unserer Stadt Pinneberg. Wenn wir übermorgen den 3. Geburtstag des neuen Reiches in aller Stille feiern und somit auf ein zweijähriges Bestehen dieses Reiches zurückblicken, dann können wir feststellen, daß in dieser Zeit große und grundlegende Umwälzungen erfolgt sind. Diese Umwälzungen erstrecken sich auf alle Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens unseres deutschen Volkes und auf die Organisation des Staates und des Volkes. Solange die Weltgeschichte besteht hat kein Volk der Erde in so kurzer Zeit derartige Umwälzungen erlebt. Sei es auf dem Gebiet der Reichs-, Länder- und Kommunalverwaltung, des Partei- und Parlamentwesens, der Bevölkerungspolitik, der Berufsorganisationen, des Bau- und Siedlungswesens, der Arbeitsbeschaffung, der Produktion in der Landwirtschaft und den übrigen Erwerbszweigen, der Propaganda, des Theaters, Rundfunks und Presse-wesens, des Zins- und Steuerwesens, der Justiz, des Zusammenlebens unseres Volkes, der Jugenderziehung, der Berufsausbildung und der Volkswohlfahrt, des Straßen- und Verkehrswesens, der Wasser-, Gas- und Stromversorgung oder der Beziehungen Deutschlands zum Auslande, kurzum, nichts ist vom Nationalsozialimus

- 2 -

unberührt geblieben.

Eine Fülle von neuen Gesetzen und Verordnungen werden von oben her erlassen. Aber nicht planlos und überstürzt, sondern so, daß alles in den großen Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung hineinpaßt und daß, bevor das Alte verschwindet, die Gewähr dafür gegeben ist, daß das Neue organisch wachsen kann. Man nimmt zunächst Stück für Stück den Umbruch in Preußen vor, um die Auswirkungen in der Praxis zu prüfen und die notwendigen Erfahrungen zu sammeln; erst dann werden die entsprechenden Reichsgesetze erlassen. Die neue Reichsverfassung wird den Schlußstein bilden. Sie wird erst erlassen, wenn das Neue Reich erstanden ist.

2. Das Gemeinwesen. allgemein.

Die Gemeinde ist die Keimzelle des Reiches, so wie die Familie die Keimzelle des Volkes ist. Jst sie in jeder Beziehung gesund, dann ist auch das Reich gesund, ist sie krank, dann ist auch das Reich krank. Herrscht in den Gemeinden Wohlstand, dann überträgt sich dieses auch auf das Reich. Deshalb muß die Gemeinde gut geleitet werden. Der Leiter der Gemeinde muß in politischer, in charakterlicher Hinsicht und in Bezug auf seine Fähigkeiten und sein Können einwandfrei sein. Jn den Dienststellen der Gemeindeverwaltung müssen tüchtige Beamte sitzen, die die Gesetzesbestimmungen genau kennen und beachten, die aber noch viel mehr das Leben in der Gemeinde genau kennen und die Fühlung mit den einzelnen Gemeindemitgliedern und den Organisationen haben müssen. Der Gemeindebeamte muß Verantwor-

Der Anfang seiner mutmaßlich fast zweistündigen Rede am 28.1.1935 (Bildnachweis: „Manuskript", StadtA Pinneberg)

Einwohnerversammlung statt und ersetzte, so die Einordnung von Johannes Seifert, den üblichen Jahresbericht der Stadtverwaltung.[20] (QUELLE 3 „Manuskript")

Eine Gemeinde stelle *„die Keimzelle des Reiches"* dar, vergleichbar zur Familie als *„Keimzelle des Volkes"*. Entsprechend hohe Ansprüche wären an Gemeindebeamte zu stellen, die frei *„von aller Vetternwirtschaft"* beispielsweise in Not geratene Volksgenossen unterstützen müssten, andererseits *„gegen Arbeitsscheue und Nichtsnutze sowie gegen die Staats- und Volksfeinde … hart sein"*, ja, auf *„diese Volksschädlinge ein wachsames Auge haben"* sollten.[21] In der Gemeinde herrsche nun das *„Führerprinzip"* und bei allen Ansprüchen an Verwaltungsmitarbeiter sei klar, politische Führung liege in Händen langjähriger Akteure der NSDAP: *„Die Partei steht nämlich über dem Staat. Wer früher nicht mitgekämpft hat, soll heute bescheiden sein und sich nicht 140 %tig einstellen."*[22] – So klar war die Machtverteilung im NS-Staat übrigens keineswegs, örtliche Bedingungen und Personen entschieden jeweils, wer in der konkreten Konkurrenz von Staat und Partei tatsächlich das Sagen hatte.[23] Aber Backhaus spielte vor allem auf jene an, die jetzt oder kurz zuvor auf den Zug der neuen Herrschaft gesprungen waren.

Wie von ihm zu erwarten, beklagte Backhaus die *„Mißwirtschaft"* des untergegangenen Weimarer *„Systems"*: Nicht die verheerende Weltwirtschaftskrise, sondern *„das frühere System hat es fertig gebracht, bis zu Anfang des Jahres 1933 über 6 ½ Millionen Menschen erwerbslos zu machen."* Die demokratischen Träger der Weimarer Republik hätten sich dabei bereichert und auch mit dieser unterstellten Korruption den Zusammenbruch befördert. Jetzt aber, im nationalsozialistischen Staat, rücke man in der *„Volksgemeinschaft"* zusammen: *„Es darf unter keinen Umständen eine neue Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Hand- und Kopfarbeit oder zwischen Stadt und Land aufgerichtet werden. Klassenkampf und Standesdünkel gehören einer vergangenen Zeit an, sie dürfen niemals wieder kehren."*[24]

Die NS-Volkswohlfahrt, das Winterhilfswerk und – rollengemäß – die NS-Frauenschaft in Pinneberg hätten in den beiden vergangenen Jahren vielen in Not geratene „Volksgenossen" Unterstützung gewährt. Aber es gelte auch: *„Nur in der Arbeit liegt der Segen Gottes, nicht im Nichtstun. Keine Unterstützung ohne Gegenleistung. Jeder Volksgenosse, der Unterstützung bezieht, hat die heilige Verpflichtung, selbst mit seiner ganzen Kraft sich darum zu bemühen, dass er Arbeit bekommt."* Er, Backhaus persönlich, werde daher gegen Arbeitsverweigerer *„mit den schärfsten Mitteln vorgehen."* Und er könne auf eine erfolgreiche Bilanz verweisen: *„Als ich im September 1933 nach Pinneberg kam, standen an den Ecken beim Ratskeller und auch sonstigen Stellen junge Leute mit den Händen in den Hosentaschen herum, die weder Willens waren, noch Lust hatten, zu arbeiten. Diese Leute sind jetzt restlos untergebracht."* Und sollte es immer noch Widerspenstige geben, deren Eltern mit ihnen nicht fertig würden: *„Diese Eltern bitte ich, sich an mich zu*

20 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 163ff. Das Manuskript ist im Stadtarchiv erhalten: StadtA Pinneberg, „Manuskript" der Rede von Backhaus am 28.1.1935 (36 S.) (QUELLE 3)

21 StadtA Pinneberg, „Manuskript" der Rede von Backhaus am 28.1.1935, pag. 2ff. (QUELLE 3)

22 StadtA Pinneberg, „Manuskript" der Rede von Backhaus am 28.1.1935, pag. 5. (QUELLE 3)

23 Vgl. Uwe Danker, Astrid Schwabe: Volksgemeinschaft in der Region. Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Husum 2022, S. 94–103.

24 StadtA Pinneberg, „Manuskript" der Rede von Backhaus am 28.1.1935, pag. 9, 23f., 10. (QUELLE 3) Zur NS- Volksgemeinschaft vgl. Danker/Schwabe 2022, S. 172–247.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 290-291 24.11.25 08:52

wenden; ich werde schon für Beschäftigung sorgen."[25] – Martialische Sprüche, die allerdings zur gleichermaßen erfolgreichen wie problematischen Arbeitsmarkpolitik passten, die auch auf lokaler Ebene spürbar wurde.[26]

Neben diesen ideologisch durchtränkten und die Wirklichkeit nur sehr begrenzt spiegelnden Passagen trug Backhaus in der 36seitigen, also gewiss zweistündigen Rede zahlreiche oft sehr kleinteilige bürokratische Leistungsnachweise vor, die erkennbar von der Verwaltung im Sinne eines Jahresberichts zusammengetragen worden waren. Interessierte Bürger und Bürgerinnen erfuhren beispielsweise, in welchen Straßen einzelne Laternen errichtet oder Kupferleitungen verlegt wurden, wie der Ausbau des Wassernetzes voranschritt, was ein Wannenbad in der „Warmwasser-Badeanstalt" kostete – 30 Pfennige –, wie oft 1934 Bäder nachgefragt wurden – 9.000 mal – und dass die Hälfte davon „Freibäder" für Bedürftige darstellten.[27]

Nationalsozialistische Leistungsbilanz

Trotz seiner Verwaltungsferne und mangelnden Kompetenzen bemühte sich Backhaus, der Stadtentwicklung seinen nationalsozialistischen Stempel aufzusetzen: Das jährliche Rosenfest wurde zum Propagandaort, der Siedlungs- und Stadionbau ideologisiert und um die Ansiedlung von SS- oder Wehrmachtseinheiten geworben.

Eingebunden in die Politik der Arbeitsbeschaffung zählte der Siedlungsbau zu den erfolgreichen nationalsozialistischen Prestigeprojekten in Pinneberg. Ähnliches galt auch für Sportstätten, insbesondere den Bau des Stadions und des neuen Schwimmbades.[28] Intensiv setzte sich der Bürgermeister für die Ansiedlung von Wehrmachtseinheiten oder einer SS-Standarte ein. Tatsächlich begann 1937 der Bau der zwei Jahre später fertiggestellten Luftnachrichtenkaserne.[29]

Immer wieder trat Backhaus als Redner auf, der die neue Zeit und die NS-Volksgemeinschaft beschwor, mal im Rahmen des NS-Festkalenders am 1934 errichteten Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges, mal auf dem tradierten Pinneberger „Rosenfest", wo er im Juli 1935 ausführte: *„Die ganze Bevölkerung hat sich in den Dienst des Rosenfestes gestellt, alle für einen, einer für alle, hieß es für jeden. Die Kreisstadt Pinneberg und die Gemeinde Rellingen bilden eine Gemeinschaft. Diese große Verbundenheit und Gemeinschaft, die hier zwischen beiden Orten und seinen Bewohnern erreicht wurde, wird überall in Deutschland erstrebt, denn sie ist Sinn und Zweck des Nationalsozialismus.*"[30] – So blieb Backhaus trotz seiner Rolle als „Führer" der Kommunalverwaltung vor allem eines, ein nationalsozialistischer Politiker.

Während eines Kuraufenthalts in Bad Nauheim verfasste er ein lapidares handschriftliches Entlassungsgesuch, nachdem er die Zusage erhalten hatte, NSDAP-Kreisleiter Wetterau mit

25 StadtA Pinneberg, „Manuskript" der Rede von Backhaus am 28.1.1935, pag. 14, 23ff. (QUELLE 3)
26 Vgl. zur schleswig-holsteinischen Wirtschaftsentwicklung in den 1930er: Danker/Schwabe 2022, S. 310–327.
27 Beispielsweise StadtA Pinneberg, „Manuskript" der Rede von Backhaus am 28.1.1935, pag. 20ff., 27ff. (QUELLE 3)
28 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 144–154, 158–163.
29 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 248ff.
30 Pinneberger Tageblatt 22.7.1935, zitiert nach Seifert 2000/2014, S. 170.

Sitz in Gießen im „Volksstaat Hessen" zu werden.[31] (QUELLE 4 Entlassungsgesuch 3.8.1934) Die zustimmenden Antworten, kurze Texte aus der Feder von NSDAP-Ortgruppenleiter Krömer, fielen höflich dankend, also recht verhalten aus;[32] warum auch immer!

Entlassungsgesuch
StadtA Pinneberg,
Personalakte
Backhaus, pag. 194

Bad Nauheim, 3/8 1937.

Eing. – 4. AUG.
Abt.:

Pinneberg

Backhaus
Bürgermeister.

Das handschriftliche Entlassungsgesuch aus dem Kurort Bad Nauheim vom 3.8.1937. (Bildnachweis: Personalakte Backhaus, StadtA Pinneberg)

31 Entlassungsgesuch Backhaus 3.8.1937, in: StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus, pag.194f. (QUELLE 4)
32 NSDAP Ortsgruppe zum Weggang, Krömer an Backhaus in: StadtA Pinneberg, Personalakte Backhaus, pag. 196f., 374.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 292-293 24.11.25 08:52

Fazit

Im August 1937 endete die Tätigkeit von Bürgermeister Heinrich Backhaus in Pinneberg mit dem Weggang nach Gießen, wo er seine eigentliche Parteikarriere als hauptamtlicher Kreisleiter fortsetzte.

Aus nationalsozialistischer Perspektive bestand die Leistung von Backhaus in der Etablierung der kommunalen NS-Herrschaft in Pinneberg und der Durchdringung des gesellschaftlichen Alltags im Sinne der NS-„Volksgemeinschaft".

Auch im Amt als Bürgermeister wirkte er als ein unbeirrter NS-Ideologe und überzeugter, lokal verantwortlicher Repräsentant des diktatorischen und gewalttätigen NS-Staates, für den er seit 1924 gekämpft hatte.

2. Karl Coors (1876–1958)

Kurze Berufsbiografie von Karl Coors[33]

Karl Coors (1896–1958), Kriegsfreiwilliger im I. Weltkrieg, studiert nach der Verwaltungsausbildung Kommunalwirtschaft. 1925 wählt ihn die Friedrichstädter Stadtvertretung zum Bürgermeister. Er gilt als parteipolitisch neutral und nationalkonservativ.

Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten bleibt er 1933 Bürgermeister, passt sich demonstrativ an und tritt in die NSDAP ein. 1934/35 dafür freigestellt, saniert er die örtliche Mühle, einen Großbetrieb, erfolgreich. Er kehrt ins Amt zurück und führt die Verwaltung erfolgreich.

1937 bewirbt er sich nach Pinneberg. Trotz Streites in der regionalen NSDAP ernennt man Coors zum Bürgermeister. 1942 wird er zudem „NSDAP-Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik" und ab 1944 zusätzlich Bürgermeister von Elmshorn. Auch im Kontrast zu seinem Vorgänger gilt er im Urteil vieler als guter Verwaltungsfachmann, der unideologisch-pragmatisch handelt.

33 Quellen zur Berufsbiografie von Carl Coors: StadtA Pinneberg, Personalakte Coors (475 S.); StadtA Pinneberg, Sondersammlung Coors (146 S.); BA Koblenz, Z_42_VI_607 (Spruchgerichtsakte Coors, 146 S.); StadtA Wedel Sign_163.3 (Niederschrift BM-Besprechung 20.6.1941 Elmshorn, 6. S.); StadtA Friedrichstadt, Abt. 3 Nr. 3396 + Sterbe_1937_11 (Auszüge, 3 S.) Abt. 3. Nr. 3406 (Auszug, 2 S.).
Literatur: Johannes Seifert: Pinneberg zur Zeit des Nationalsozialismus, Pinneberg 2000/2014; Johannes Seifert: Die britische Militärregierung in Pinneberg 1945–1951, in: Geschichtswerkstatt VHS Pinneberg: Pinneberg 1945, Pinneberg 1996, S. 26–85; Klaus May: Politischer Neuanfang in Pinneberg nach dem Kriegsende 1945, in: Geschichtswerkstatt VHS Pinneberg: Pinneberg 1945, Pinneberg 1996, S. 86–137; Karl Michelson: Friedrichstadt in den Jahren 1933 bis 1941: Über das Leben in der Stadt im „Dritten Reich", in: Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte 55, 1998 (insbesondere S. 180–185, 400–407, 430f.)
Formale Daten zur Biografie: Personalbogen und Abstammung Pag 2–10; Lebenslauf 1937 Pag 18–21; vgl. Seifert 2000/2014 S. 266ff. Alle konkreten weiteren Belege im Folgenden.

1945 zunächst im Amt belassen, auch Einsicht demonstrierend, kommt Coors von September 1945 bis November 1947 in britische Internierungshaft. Kurz darauf spricht ein Spruchgericht ihn in zweiter Instanz frei. Er wird schließlich als *„entlastet"* entnazifiziert, aber nicht wieder eingestellt. Coors erstreitet vor Gericht sein Ruhegehalt.

Bürgermeister Karl Coors, im Amt in Pinneberg 1937-1945. (Bildnachweis: Seifert, Pinneberg zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 265)

Anpassung 1933 und Ortswechsel 1937

Bürgermeister Coors demonstrierte noch bei der im Februar 1933 vorgenommenen Aufstellung zu den Kommunalwahlen im März als unabhängiger Kandidat bei der Kreistagswahl eine gewisse Unabhängigkeit,[34] bemühte sich aber noch im Wahlmonat um die NSDAP-Mitgliedschaft und eröffnete die erste Stadtverordnetenversammlung Ende März 1933 bereits im Braunhemd, was er als politisches Bekenntnis verkaufte: *„Die Zeit des Leisetretens ist vorbei; wer eine politische Überzeugung hat, der soll sie auch ehrlich vertreten, und ich habe aus meiner nationalsozialistischen Anschauung die Konsequenz gezogen, mich offen als Mitkämpfer in die Reihen dieser großen Volksbewegung, die die Gestaltung der Zukunft des deutschen Volkes in Händen hat, zu stellen."*[35] Formell wurde Coors laut Mitgliederkartei der NSDAP zum 1.5.1933 aufgenommen.[36] Retrospektiv führte er in seiner Einlassung im Spruchgerichtsverfahren 1947 aus, er habe bis 1933 bewusst auf Basis seiner *„demokratischen Einstellung"* als Bürgermeister auf eine parteipolitische Bindung verzichtet. *„Diesen Grundsatz habe ich 1933 nach der Machtübernahme durch die NSDAP nicht mehr aufrecht erhalten können, wenn ich nicht meinen Beruf aufgeben wollte."*[37] – Tatsächlich sind für den Herrschaftswechsel 1933 freiwillige Rück-

34 Spitzenkandidat der Liste Schleswig-West, vgl. Friedrichstädter Zeitung Nr. 23 vom 22.2.1933. Siehe auch Coors Eigenerklärung in Eselheide 11.6.1947, BA Koblenz, Z_42_VI_607 (Spruchgerichtsakte Coors) (pag. 15–20), (QUELLE 7).

35 Friedrichstädter Zeitung Nr. 38 vom 29.3.1933 (zitiert nach Seifert 200/2014, S.266).

36 StadtA Pinneberg, Kopie der Karteikarte aus dem Bundesarchiv Berlin.

37 Coors Eigenerklärung in Eselheide 11.6.1947, BA Koblenz, Z_42_VI_607 (Spruchgerichtsakte Coors) (pag. 15-20) (QUELLE 7). Ähnlich äußert er sich wiederholt in seiner Entnazifizierung 1948/49. Vgl. Coors an EN-Ausschuss 20.4.1948, Coors an EN-HA 11.12.1948, StadtA Pinneberg, Sondersammlung Coors (pag. 123–126, 116ff.).

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 294-295 24.11.25 08:52

tritte von Bürgermeistern nicht überliefert, wenn sie aufgrund lokaler Bedingungen Aussichten auf eine Fortsetzung der Tätigkeit besaßen; anpassende Parteieintritte mit Beibehalt der Rolle sind hingegen oft dokumentiert.

Coors passt sich an, und zwar massiv und erfolgreich: 1937 empfiehlt die NSDAP-Kreisleitung ihn dem Regierungspräsidenten für eine zweite Amtsperiode. Grundlage dafür bildeten nicht nur seine Erfolge als Mühlensanierer und Verwaltungsmann, sondern auch seine politische Zuverlässigkeit, die man – jedenfalls zunächst – auch der anfragenden NSDAP-Ortsgruppe von Pinneberg bestätigt.[38]

Bei der Entscheidung, ihn 1937 auf seine Bewerbung hin (QUELLE 1: Bewerbung nach Pinneberg) zum Bürgermeister von Pinneberg zu ernennen, kommt es aber zu massiven Konflikten innerhalb der NSDAP.[39] Selbst Gauleiter Lohse missbilligt in einem geharnischten Brief

StadtA Pinneberg, Personalakte Coors (pag. 16-19)

Abschrift. 10.

Friedrichstadt, den 24. Aug. 37
a. d. Eider.

Bewerbung
des Bürgermeisters
Diplom - Volkswirt
Karl Coors
um die ausgeschriebene
Bürgermeisterstelle.

Ich bewerte mich hiermit um die neu zu besetzende Bürgermeisterstelle der Stadt Pinneberg und überreiche anliegend die geforderten Unterlagen.

Pg. seit 1933

Neben langjähriger praktischer Erfahrung im Kommunalen Verwaltungsdienst kann ich eine abgeschlossene staats- und wirtschaftswissenschaftliche Hochschulbildung nachweisen. Durch meine fast 12 jährige Tätigkeit als Bürgermeister der Stadt Friedrichstadt bin ich auch mit den besonderen schleswig-holsteinischen Verhältnissen eingehend vertraut und glaube daher in fachlicher Beziehung allen Anforderungen zu entsprechen.

Ich bin seit 1933 Mitglied der NSDAP und bekleide das Amt eines Ortsgruppen-Amtsleiters. Daß ich das Vertrauen der Partei genieße, geht daraus hervor, daß mich der Kreisleiter als Beauftragter der NSDAP. dem Herrn Regierungs-Präsidenten

An
Herrn Ersten Beigeordneten
Krömer,
Pinneberg.

denten die Wiederberufung für eine weitere 12-jährige Amtsperiode vorgeschlagen hat.

Als 40-jähriger stehe ich im besten Mannesalter, bin gesund und tatkräftig. Nach einer erfolgreichen 12-jährigen Tätigkeit in einer kleinen Stadt strebe ich einen größeren Wirkungskreis an und würde besonders gern die Bürgermeisterstelle der Stadt Pinneberg übernehmen.

Heil Hitler !

gez. Coors

Die Bewerbung von Karl Coors nach Pinneberg. (Bildnachweis: Personalakte Coors, StadtA Pinneberg)

38 Vgl. Coors' Bewerbung nach Pinneberg 24.8.1937, StadtA Pinneberg, Personalakte Coors (pag. 16f.) (QUELLE 1); Krömer an Landrat Kolbe 24.9.19133, StadtA Pinneberg, Personalakte Coors (pag. 49).

39 Siehe die umfängliche Überlieferung in: StadtA Pinneberg, Personalakte Coors (pag. 42–58); StadtA Pinneberg, Sondersammlung Coors (pag. 111–115). Vgl. Seifert 2000/2014, S. 262–266.

Abschrift. 11.

Lebenslauf.

Am 26. Dezember 1896 wurde ich zu Beelenfeld im Kreise Minden i.Westf. als Sohn der Eheleute Landwirt Friedrich Coors und Elise geb. Ehlerding geboren. Ich bin rein arischer Abstammung und wurde, wie meine Vorfahren, die sämtlich alten bauerngeschlechtern entstammten, evangelisch getauft und erzogen.

Nach meiner Schulentlassung trat ich am 1. Oktober 1911 beim Amt Rindheim zu Lahde als Lehrling in den Verwaltungsdienst ein und war dann im Verlauf meiner weiteren Ausbildung bei den Amtsverwaltungen Petershagen (Weser) und Herten i.W., sowie bei der Stadtverwaltung Gevelsberg tätig. Am 7. April 1915 trat ich als Kriegsfreiwilliger in den Heeresdienst ein und kam nach kurzer Ausbildungszeit an die Front, woselbst ich den Krieg bis zum Ende mitgemacht habe und 1917 mit dem E.K. II ausgezeichnet wurde. Im März 1919 wurde ich aus dem Heeresdienst entlassen und am 15. April 1919 beim Amt Herten (Industriegemeinde mit 20 000 Einwohner) zur weiteren Berufsausbildung wieder eingestellt. 1920/21 besuchte ich die Verwaltungsschule für Kommunalbeamte in Recklinghausen und bestand die Abschlußprüfung mit dem Gesamtprädikat "gut".

Mein Berufsziel war jedoch der höhere kommunale Verwaltungsdienst über den Weg des Hochschulstudiums. Nach vorausgegangener Vorbereitung legte ich vor einer Prüfungskommission der Hochschule für Staats- und Wirtschaftswissenschaften in Detmold die für die Zulassung zum Studium vorgeschriebene Reifeprüfung ab und wurde darauf als Studierender immatrikuliert. Ich studierte alle mit den Staats- und Wirtschaftswissenschaften zusammenhängenden Wissensgebiete, insbesondere Kommunalwissenschaft, und wurde nach Ablauf von 5 Semestern (auf Grund einer größeren wissenschaftlichen Arbeit über das Thema "Mittel und Wege kommunaler Industriepolitik", die das Prädikat "gut" erhielt, zur volkswirtschaftlichen Diplomprüfung zugelassen. Ich unterzog mich dieser Prüfung am 22. Februar 1924 und bestand sie in allen Teilen mit "gut". Damit erlangte ich den akademischen Grad "Diplom-Volkswirt".

Nach Beendigung meines Studiums wurde ich am 1. März 1924 als beim Amt Herten als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter wieder eingestellt und mit der Bearbeitung kommunalpolitischer Sonderaufgaben (Eingemeindung, Presseangelegenheiten, Verkehrs- und Wirtschaftsförderung usw.) betraut.

Im September 1925 wurde ich unter 130 Bewerbern zum Bürgermeister der Stadt Friedrichstadt (Eider) gewählt. Ich trat die Stelle am 1. Oktober 1925 an und bin darin heute noch tätig. Die Absicht der Wiederberufung nach Ablauf meiner Amtszeit ist mir bereits von Beauftragten der NSDAP vor einiger Zeit mitgeteilt worden.

Das Ergebnis meiner zwölfjährigen Amtszeit ist eine saubere und geordnete Verwaltung, die auf dem Prinzip des Fortschritts auf allen Verwaltungsgebieten bei strengster Sparsamkeit beruht. Trotz schwierigster Wirtschafts- und Finanzverhältnisse konnten die Steuersätze äußerst niedrig gehalten und die Vermögens- und Schuldenverhältnisse so gestaltet werden, daß die vorhandenen Rücklagen die Schulden übersteigen. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete fand ich Gelegenheit zur ersprießlichen Betätigung. Im Dezember 1933 stand ich vor der schwierigen Aufgabe, die Fortführung eines bedeutenden Industriebetriebes im Interesse der Stadt und der zahlreichen Gefolgschaft sicherzustellen. Ich veranlaßte die Gründung eines Betriebs-G.m.b.H., deren verantwortliche Geschäftsführung ich selbst übernahm. Im Laufe von 1½ Jahren brachte ich den Betrieb wieder soweit auf die Höhe, daß ein erheblicher Reingewinn ausgewiesen werden konnte und nunmehr die Möglichkeit gegeben war, eine kapitalkräftige Aktiengesellschaft als endgültige Trägerin des Betriebes zu gründen. Nach längerer Beurlaubung für diese Sonderaufgabe bin ich Ende September 1935 in mein Amt zurückgekehrt.

Im März 1933 trat ich der NSDAP bei und habe die Mitgliedsnummer 2 702 180. Vorher habe ich keiner Partei angehört, ebenso auch keiner Freimaurerloge oder dergl.. Ich bekleide das Amt eines Ortsgruppen-Amtsleiters.

Ich bin seit 1925 mit Rose geb. Hüser verheiratet und habe zwei Kinder im Alter von 6 und 1½ Jahren.

Friedrichstadt, den 24. August 1937

gez. Karl Coors

an den neuen Kreisleiter Paulsen die Entscheidung; Coors genieße sein Vertrauen überhaupt nicht. Paulsen rechtfertigt sich.[40] (QUELLE 2 Querele in NSDAP) Was Coors später nach 1945 in seiner Entnazifizierung als Beleg für seine kritische Rolle in der NSDAP auslegte, (QUELLE 3 Entnazifizierung von Coors) erweist sich bei genauer Betrachtung als eine ganz übliche Querele innerhalb der NSDAP, mehr nicht. Distanz von Coors zur NSDAP drückte sie nicht aus. Möglicherweise aber schuf diese Erfahrung für ihn ein weiteres Motiv, in der Praxis seine nationalsozialistische Zuverlässigkeit zu beweisen.

40 StadtA Pinneberg, Sondersammlung Coors (pag. 111–115).

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 296-297 24.11.25 08:52

StadtA Pinneberg, Sondersammlung Coors (pag. 111f., 114f.)

Schleswig-Holsteins NSDAP-Gauleiter und Oberpräsident Hinrich Lohse an ehemaligen Kreisleiter Schramm und neuen Kreisleiter Paulsen

4.November 1937.

An den

Landeshandwerksmeister Ferd.Schramm und
Kreisleiter Emil Paulsen,

P i n n e b e r g.

Sie haben in Pinneberg einen Bürgermeister in Vorschlag gebracht und eingesetzt, der nicht das Vertrauen seines früheren Kreisleiters und erst recht nicht das meinige besessen hat und besitzt.

Sie haben es dabei entgegen der bisherigen Gepflogenheit nicht für notwendig gehalten, mich rechtzeitig und richtig über die Besetzung der Bürgermeisterstelle in Pinneberg zu informieren. Wenn der Kreisleiter Paulsen dem stellvertretenden Gauleiter gegenüber behauptet hat, dass ich die Erklärung abgegeben hätte, es wäre mir gleichgültig, wer nach Pinneberg käme, so muss ich dem widersprechen, da ich von vornherein die Absicht hatte, einen älteren Parteigenossen nach Pinneberg zu bringen.

Insbesondere hatte ich die Absicht, für den Fall, dass der Parteigenosse Bürgermeister Kaiser nicht nach Husum kommen sollte, ihn in Pinneberg einzusetzen. Ebenso habe ich den Kreisleiter Schramm bei seiner Verabschiedung anschliessend in der Restauration zum Ausdruck gebracht, dass mir diese Berufung von Cohrs nicht passe. Gleichwohl hat man die Sache stillschweigend weiterbetrieben und Cohrs berufen.

Ich missbillige Ihr Verhalten schärfstens und erkläre Ihnen, dass der Bürgermeister Cohrs mein Vertrauen nicht besitzt.

H e i l H i t l e r !

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gau Schleswig-Holstein / Kreisleitung Pinneberg

ter. P/H.-

Pinneberg, den 8. November 1937.

Herrn

Gauleiter Pg. L o h s e ,

K i e l .

Mit Ihrem Schreiben vom 4.ds.Mts., das gleichzeitig an den Parteigenossen S c h r a m m gerichtet war, machen Sie mir Vorwürfe, bei der Besetzung des Bürgermeisters C o o r s beteiligt gewesen zu sein, ohne Ihr Einverständnis eingeholt zu haben.

Ich darf nochmals darauf hinweisen, dass ich auf die Besetzung dieser Stelle keinen massgebenden Einfluss nehmen konnte, weil nicht ich, sondern der Pg. Schramm Beauftragter für den Kreis Pinneberg war. Selbstverständlich war ich an der Besetzung nicht uninteressiert und habe – wie Sie sich vielleicht auch erinnern – Sie darauf aufmerksam gemacht, dass die Stelle ausgeschrieben sei und gefragt, ob Sie eine bestimmte Person für die Besetzung vorgesehen hätten. Sie haben mir seinerzeit geantwortet, dass Sie besonderen Einfluss auf die Besetzung nicht nehmen wollten.

Lohse: Mit Bitte in ...!

- 2 -

- 2 -

Lohse:

Damit habe ich die Sache nicht so aufgefasst und habe mich auch in dieser Richtung dem stellv. Gauleiter gegenüber nicht ausgelassen, dass Ihnen die Besetzung gleichgültig sei. Ich habe vielmehr angenommen, dass vor einer endgültigen Besetzung Ihnen die in Aussicht genommene Person genannt und Ihre Zustimmung eingeholt werden würde.

Es ist mir erinnerlich, dass Sie bei der Verabschiedung des Parteigenossen Schramm mir gegenüber zum Ausdruck brachten, dass Ihnen Parteigenosse Coors nicht ganz genehm sei. Ich glaube aber kaum, dass Sie auch mit dem Parteigenossen Schramm, der etwas später hinzukam, über diesen Punkt gesprochen haben. Ich nahm deshalb an, dass Sie an der gegebenen Tatsache – denn Coors war bereits am 30. September in Vorschlag gebracht – nichts mehr ändern wollten.

Um sicher zu gehen, habe ich dann noch den stellv. Gauleiter gefragt, was in diesem Fall noch unternommen werden solle. Parteigenosse S i e h meinte, dass wohl kaum etwas zu machen sei.

Ich habe Vorstehendes geschildert, um zu beweisen, dass ich keineswegs gegen Ihren Willen die Sache stillschweigend weiter zu betreiben die Absicht hatte.

Wenn ich noch kurz zur Beurteilung des Kreisleiters Carstensen etwas sagen darf, so möchte ich darauf hinweisen, dass Coors Parteigenosse und Politischer Leiter ist. Ausserdem wurde er für die nächste Amtsperiode von 12 Jahren vom Kreisleiter Carstensen als Bürgermeister von Friedrichstadt vorgeschlagen. Ich kann mit dem besten Willen nicht verstehen, wie Parteigenosse Carstensen einen Parteigenossen vorschlagen kann, den er so schlecht beurteilt. Dazu noch

- 3 -

- 3 -

in einer Stadt, die aufgrund der wirtschaftlichen Lage mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und auch politisch nicht bestens geführt wird.-

H e i l H i t l e r !

Paulsen

Die NSDAP-interne Querele um die Ernennung von Coors, ausgetragen von Schleswig-Holsteins Gauleiter Lohse und Kreisleiter Paulsen. (Bildnachweis: Sondersammlung Coors, StadtA Pinneberg)

Bürgermeister 1925–1945

Coors war 20 Jahre lang als Bürgermeister Chef der lokalen Verwaltungen in Friedrichstadt und Pinneberg, zeitweise auch Elmshorn. Er galt als guter Verwaltungsfachmann und handelte erfolgreich sowohl in der Weimarer Demokratie als auch in der NS-Diktatur. Coors verfügte damit über erhebliche institutionelle Macht: Für die NS-Zeit hieß das, dass er grundsätzlich qua Amt neben dem NSDAP-Ortsgruppenleiter als der wichtigste örtliche Repräsentant der NS-Herrschaft galt.

Unter anderem war er Chef der örtlichen Ordnungsbehörden, auch der Ortspolizei. Das war von Bedeutung für den Umgang mit politischen Gegnern und mit Außenseitern (z. B. „Kritikastern") sowie im Krieg mit feindlichen Fliegern, die sich aus abstürzenden Bombern oder Jagdflugzeugen gerettet hatten.[41] Er war Chef der Meldebehörde und des Standesamtes, Bürokratien, die für örtliche Juden, Behinderte und sozial Auffällige höchste Relevanz entfalteten. Als Bürgermeister trug er ab 1940 Mitverantwortung für die Organisation des örtlichen Zwangseinsatzes von ausländischen Arbeitskräften.[42] Schließlich hat Coors 1945 auch die kampflose Übergabe Pinnebergs an die britischen Truppen verantwortet.[43]

Wie lässt sich das abstrakt bewerten?

Fraglos waren Bürgermeister mitverantwortliche Träger der NS-Herrschaft.[44] Ohne funktionierende Verwaltungen und Ordnungsbehörden war auch der NS-Staat nicht zu machen.[45] Und auch örtliche Verwaltungen und Polizeien trugen zum NS-Unrecht, zu Verfolgungen und Mordprogrammen bei. Rein institutionell etwa durch Verarbeitung von Meldebögen, durch auftragsgemäße Verhaftungen oder durch Kontrollmaßnahmen, oft auch persönlich weitergehend durch bewiesenen Eifer im nationalsozialistischen Sinne oder gar durch eigeninitiatives Handeln.

Die Bandbreite des Handelns war erheblich: Akteure – Bürgermeister wie einfache städtische Mitarbeiter – besaßen jeweils Handlungsspielräume, die sie in diese oder jene Richtung nutzen konnten.

Teilweise niederträchtige persönliche Herrschaftsausübung

Laut Aktenlage ging Coors mit seiner Machtfülle mindestens viermal nicht vertretbar um. Auch wenn drei der Beispiele (zunächst) folgenlos für die Betroffenen blieben, sind auch sie als niederträchtig zu werten.

41 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 336–339, 342.
42 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 321ff.
43 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 327.
44 Vgl. zu den übergreifenden Aussagen: Uwe Danker, Astrid Schwabe: Volksgemeinschaft in der Region. Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Husum 2022, S. 90–171.
45 Vgl. die Ausführungen im Abschnitt 3. des Beitrags über Henry Glissmann.

Fall 1: Bernhard Hensen, Friedrichstadt[46] (QUELLE 4 Fall Hensen)

Coors erhält am 6. November 1933 eine Anfrage des Flensburger Oberstaatsanwalts, Auskünfte über den in Heide wegen *„abfälliger Äußerungen über dem Reichskanzler Adolf Hitler"* festgenommenen Kaufmann Bernhard Hensen aus Friedrichstadt zu erteilen, insbesondere *„über den Ruf und die bisherige politische Tätigkeit des Beschuldigten"*. Das tut Coors ausführlich. Klar – und wohl der Realität entsprechend – wird, dass man Hensen, übrigens auch kurze Zeit SPD-Gemeindevertreter, allgemein als Einzelgänger mit spinnerten Ideen wahrnimmt, der nicht ernst zu nehmen sei. Statt es dabei zu belassen, fährt Coors ungefragt und als Nichtjurist unqualifiziert fort: *„Ich glaube nicht, dass die Voraussetzungen für ein Strafverfahren vorliegen. Sein Gesamtverhalten ist aber geeignet, in der Öffentlichkeit Anstoß zu erregen und die Arbeit der Staatsfeinde zu unterstützen (Miesmacherei). Das gegen ihn anzuwendende geeignete Mittel dürfte daher die Unterbringung in einem Konzentrationslager sein."*

Der Fall Hensen aus dem November 1933 in Friedrichstadt nach der Originalakte. (Bildnachweis: Abt. 3 Nr. 3406, StadtA Friedrichstadt; Transkript Uwe Danker)

46 StadtA Friedrichstadt, Abt. 3. Nr. 3406 (Auszug, 2 S.). Dank an Archivarin Christiane Thomsen. Vgl. Michelson 1998, S. 430f.

Transkript Fall Hensen (UD)

Fr., den 10. Nov. 1933
1.) Betr. Festnahme des Kaufmanns Bernh. Hensen von hier in Heide wegen abfälliger Äußerungen über dem Reichskanzler Adolf Hitler und wegen pazifistischer Umtriebe. Ersuchen des Oberstaatsanwaltes Flensburg vom 6.11.33 – 2. J. 700/33 – um Äußerung über den Ruf und die bisherige politische Tätigkeit des Beschuldigten.

erl. Au(sgang).) 2.) Unter die Anschrift ist zu setzen:

Dem Herrn Oberstaatsanwalt Flensburg zurückgesandt.

Hensen gilt hier als großer Phantast, der mit krausen politischen und wirtschaftlichen Ideen vollgestopft ist. Er war einige Jahre sozialdemokratischer Stadtverordneter, ohne eigentlich sturer Sozialdemokrat zu sein. Er hat auch damals seine eigenen Positionen gehabt. Er ist in politischer Beziehung verhältnismäßig harmlos, da er von allen, die ihn kennen, nicht ernst genommen wird. Seine wirtschaftspolitischen Ideen bringt er stets in Zusammenhang mit seinem Patent, das er auf eine von ihm erfundene Mangelkonstruktion hat. Er schreibt in diesem Zusammenhang seit Jahren an alle möglichen hohen Personen und Amtsstellen, ohne jemals ernstes Interesse gefunden zu haben. Er sieht sich deshalb als unverstandener geistiger Märtyrer, und daraus ist auch wohl die Tatsache zu erklären, daß er auf seinen Geschäftsreisen mit allen Menschen, die ihn anhören, über diese Dinge spricht. Die ...abschrift in der Hülle Blatt drei der Akten enthält Eines seiner wirtschaftspolitischen Ideen. Dieses Blatt hat er mir schon vor ca. einem Jahre vorgelegt. Seine Absicht war wohl ursprünglich, den Text drucken zu lassen, und dann für seine Idee werben zu können. Da er niemanden fand, der ihn darin unterstützte, und ihm selbst die nötigen Mittel fehlten, ist auch diese Idee nicht zur Verwirklichung gekommen.

Hensen ist, wie schon eingangs gesagt, als harmloser politischer Einzelgänger anzusehen. Ich glaube nicht, dass die Voraussetzungen für ein Strafverfahren vorliegen. Sein Gesamtverhalten ist aber geeignet, in der Öffentlichkeit Anstoß zu erregen und die Arbeit der Staatsfeinde zu unterstützen (Miesmacherei). Das gegen ihn anzuwendende geeignete Mittel dürfte daher die Unterbringung in einem Konzentrationslager sein. Dazu liegt umsomehr Anlaß vor, als Hensen kürzlich in einer Eingabe in seiner Fürsorgesache an den Bezirksausschuß in Schleswig in unerhörter Weise Regierungsmaßnahmen kritisiert und dabei auch über den Herrn Kreispräsidenten achtungswidrige Äußerungen gemacht hat. In dieser Eingabe bringt er sein Mißfallen über das Geschenk an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg (Gut Neudeck) zum Ausdruck und verlangt, dass er mit Hindenburg gleichgesetzt wird. Hindenburg habe den Krieg gegen hohe Bezahlung mitgemacht, während er (Hensen) durch den Krieg seine Existenz verloren habe. Es dürfte sich empfehlen, die Akten vom Bezirksausschuß beizuziehen. Meine vorgesetzte Dienstbehörde, den Herrn Landrat in Schleswig, habe ich auf diesen Fall bereits aufmerksam gemacht.

Z Erl(edigung)

d. Bgm
als O(rts)P(olizei)b(ehörde)
C

Das Konzept dieses Briefes schrieb oder diktierte er wahrscheinlich selbst; auf jeden Fall zeichnete er es persönlich ab. Und zwar am 10. November 1933. Mit ziemlicher Sicherheit hatte er am Abend zuvor in der NSDAP-Ortsgruppe wie überall im Reich den zehnten Jahrestag des gescheiterten Hitlerputsches 1923 gefeiert. Er war also aufgeputscht am Folgetag und zeigte auf seine Weise Leistung im nationalsozialistischen Sinne. – Weder Flensburgs Staatsanwaltschaft noch die Gestapo folgten ihm. Hensen kam davon.

Fall 2: Heinz Heymann, Friedrichstadt[47]

Ähnlich motiviert und aufgeladen dürfte Coors im zweiten Beispiel gewesen sein: Am 18. September 1935 berichtet die Friedrichstädter Zeitung, Coors wäre vom Reichsparteitag zurückgekehrt. Dort sind die „Nürnberger Rassegesetze" verkündet worden. Diese erklärten Deutsche, die nach NS-Vorstellungen als Juden definiert wurden, zu Staatsbürgern mit verminderten Rechten und untersagten Eheschließungen sowie intime Beziehungen zwischen „Juden" und „Ariern" als zu verfolgende „Rassenschande".

Am 20. September hieß es in der Zeitung, Coors habe die Dienstgeschäfte wieder aufgenommen. Zwei Tage später nahm er den Juden Heinz Heymann in Schutzhaft und überstellte ihn an die Gestapo, wegen *„rasseschänderischen Treibens"*. Auslöser waren völlig abstruse Annahmen über einen intimen Verkehr mit einer „Arierin", die sich auch nicht bestätigten. Aber Heymann soll *„in herausfordernder Weise sich auf offener Straße in Begleitung von arischen Mädchen gezeigt haben."* Da Strafgesetze nach Coors' Ansicht (noch) nicht hinreichten, *„dürfte die Unterbringung in einem Konzentrationslager angebracht sein"*, schrieb er. – Die Gestapo leitete den Fall an die Staatsanwaltschaft weiter, die das Verfahren gegen Heymann schließlich einstellte.

Dem zurückgekehrten jungen Mann riet Coors *„zur Vermeidung von Zwischenfällen, die seine erneute Verhaftung notwendig machen könnten, seinen Wohnsitz hier einstweilen aufzugeben."* Dieser verließ umgehend seine Heimatstadt und ging nach Berlin. Heinz Heymann wurde 1941 in Litzmannstadt/Lodz ermordet. Auch sein Bruder Kurt und seine Mutter Henny wurden Opfer der Shoa.

Daran waren lokale Behörden nicht (mehr) beteiligt. Aber deutlich wird an dem geschilderten Beispiel: Karl Coors verfolgte 1935 mit selbst aus Sicht der Gestapo und Staatsanwaltschaft übertriebener Härte und Konsequenz rassisch Geächtete in seiner Stadt.

Fall 3: Peter Haulsen, Friedrichstadt[48] (QUELLE 5 Fall Haulsen)

Am 12. März 1937 vermeldet der *„Bürgermeister als Ortspolizeibehörde"* der Gestapo in Kiel, dass der Friedrichstädter Kaufmann Peter Haulsen, der sich seit *„Jahren als übler Miesmacher und Kritikaster"* betätige, wieder einmal aufgefallen sei. Ihm, dem Bürgermeister, sei nun *„Material zugegangen, dass ausreichen dürfte, gegen Haulsen auch ein Verfahren aufgrund des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat einzuleiten."* So habe Haulsen in einer Wirtsstube in Seeth ausgeführt: *„Heil Hitler, mein Führer! Margarine ward immer dürer."* Auch zwei weitere Vorfälle dieses Niveaus listet die Anzeige auf. Der Text schließt: *„Haulsen ist für seine Familie und für die Öffentlichkeit geradezu eine Plage. Es wäre deshalb ein Segen, wenn er für möglichst lange Zeit hinter Schloss und Riegel gebracht würde."*

Coors hat die Anzeige persönlich abgezeichnet, wahrscheinlich auch selbst verfasst. Denn der Text verweist auch auf eigene Erfahrungen des Bürgermeisters mit dem Kaufmann: *„Ich selbst war genötigt, gegen ihn Strafanzeige wegen Beleidigung und Verleumdung zu stellen."*

47 Das Beispiel und alle Zitate nach Michelson 1998 S. 400–406. Die Originalakten sind derzeit nicht auffindbar; die Zitierweise von Michelson ist aber verlässlich. Vgl. auch Bettina Goldberg: Abseits der Metropolen. Die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein, Neumünster 2011, S. 357, 650.

48 StadtA Friedrichstadt, Abt. 3 Nr. 3396 + Sterbe_1937_11 (Auszüge, 3 S.). Dank an Archivarin Christiane Thomsen.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 302-303 24.11.25 08:52

Im Handeln von Coors scheinen persönliche Motive und ungezügelte Gewalt gegen Schwache durch.

Das Verfahren erledigte sich sechs Wochen später, als die Polizeiverwaltung Friedrichstadt den Suizid des 63-Jährigen dokumentierte…

111

Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde.

Friedrichstadt, den 12. März 1937.

StadtA Friedrichstadt
Abt. 3 Nr. 3396 +
Sterbe_1937_11

An
die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
K i e l
d.d.Hd. d. Herrn Landrats in Schleswig.

Betr.: Vergehen gegen das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat.

Der Kaufmann Peter H a u l s e n , wohnhaft in Friedrichstadt, Prinzenstraße 17, geb. am 15. 1. 74 in Tating, betätigt sich seit Jahren als übler Miesmacher und Kritikaster. Er ist dieserhalb bereits wiederholt verwarnt und im August 1933 vorübergehend in polizeiliche Schutzhaft genommen worden. Sein ganzes Reden -und das ist nicht wenig, denn der Mund steht ihm nicht still- besteht aus gehässigen und hetzerischen Äußerungen über Staat, Partei und Behörden und deren leitende Persönlichkeiten. Mit Vorliebe spricht er über den Moskauer Sender und verbreitet die Nachrichten, die er abgehört hat. Ich selbst war genötigt, gegen ihn Strafanzeige wegen Beleidigung und Verleumdung zu stellen. Nunmehr ist mir Material zugegangen, das ausreichen dürfte, gegen Haulsen auch ein Verfahren auf Grund des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat einzuleiten. Es handelt sich um folgendes:

1. Haulsen hat im Rathausbüro, also öffentlich, erklärt, der Moskauer Sender wäre ihm lieber als dieser Wisch, wobei er einen Steuerzettel in der Hand hielt (s.Anl.1).
2. In einer Gastwirtschaft in Bergenhusen hat Haulsen einen gemeinen und verleumderischen Witz über den Führer erzählt (s.Anl.2)
3. In Seeth hat Haulsen u.a. folgende Äußerung getan:
   Heil Hitler, mein Führer!
   De Margarine ward immer dürer.

Nähere Auskunft kann hierüber der Ortsgruppenleiter der NSDAP. Pg. Koch in Seeth geben.

Haulsen betreibt hier ein Kolonialwarengeschäft und hat außerdem eine Margarinevertretung. Er kommt mit seinem Auto viel im Lande herum und benutzt diese Gelegenheit, seine

112

seine Schmutzereien und Stänkereien überall ~~überall~~ zu verbreiten. Er ist in der ganzen Umgegend dafür bekannt. Da er dem Trunke ergeben ist, hält er sich viel in den Wirtschaften auf und führt auch dort Reden im angedeuteten Sinne, besonders wenn er angetrunken ist.

Haulsen ist für seine Familie und für die Öffentlichkeit geradezu eine Plage. Es wäre deshalb ein Segen, wenn er für möglichst lange Zeit hinter Schloß und Riegel gebracht würde.

C.

Nr. 11

Friedrichstadt, am 24. April 1937

~~Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Personalstand nach~~

~~kannt.~~

Die Polizeiverwaltung Friedrichstadt hat mitgeteilt,

~~wohnhaft in~~

~~und zeigte an, daß~~ der Kaufmann Peter Haulsen

63 Jahre ~~alt~~,

wohnhaft in Friedrichstadt

geboren zu Tating, Kreis Eiderstedt, verheiratet gewesen mit Anna Katharina Jacobsen, geborenen Rolf, wohnhaft in Friedrichstadt, zu Friedrichstadt, Prinzenstraße 17,

am einundzwanzigsten April

des Jahres tausend neunhundert dreißig und sieben

~~vormittags~~ um ~~sieben~~ Uhr

~~verstorben ist. Ist aufgefunden worden ist.~~

Der Tod ist durch Ertränken eingetreten.

~~Vorgelesen, genehmigt und~~

Vorstehend 20 Druckworte gestrichen.

Der Standesbeamte

B. Geboren.

15. 1. 1874

Tating

Der Fall Haulsen aus dem März 1937 in Friedrichstadt. Das abgelegte Schreiben von Coors an die Gestapo und der Auszug aus dem Sterberegister. (Bildnachweis: Abt. 3 Nr. 3396, Sterbe_1937_11, StadtA Friedrichstadt)

Fall 4: Zwangsarbeit in Pinneberg[49] (QUELLE 6 Beispiel Zwangsarbeit)

Nach 1945, in der Entnazifizierung und im Spruchgerichtsverfahren, führten Entlastungszeugen immer wieder aus, dass Bürgermeister Coors den Einsatz ausländischer Zwangsarbeitender in Pinneberg vergleichsweise human gestaltet habe.[50] Das lässt sich so nicht bestätigen. Im Stadtarchiv Wedel findet sich das Protokoll einer Bürgermeisterbesprechung mit Landrat Duvigneau vom 20. Juni 1941 in Elmshorn.

Unter dem Tagesordnungspunkt *„Ausländische Arbeitskräfte insbesondere Polen als polizeiliches Problem"* ergreift als erster Redner Coors das Wort. Das Protokoll vermerkt: *„Bürgermeister Coors, Pinneberg, führt aus, dass im Kreise Pinneberg ausländische Arbeitskräfte in ganz erheblichem Maße zum Arbeitseinsatz gelangt sind. … In zunehmendem Maße und mit besonderer Frechheit werden von Ihnen die Bestimmungen der Polizeiverordnungen… übertreten. In zahlreichen Fällen konnte festgestellt werden, dass das Kennzeichen überhaupt nicht oder verdeckt getragen wurde oder dass Polen ohne Erlaubnis ihren Aufenthaltsort verlassen haben. Ebenfalls wurden Polen Gastwirtschaften angetroffen, in denen sie nicht verkehren dürfen."* Polizeiliche Strafen seien oft von Arbeitgebern beglichen worden, damit keine Arbeitsausfälle eintreten. Coors schlägt vor: Den Arbeitgebern solle damit gedroht werden, *„dass rücksichtslos mit längeren Haftstrafen an Wochentagen gegen die Polen vorgegangen wird …"* Der Landrat erklärte, er werde diesem Vorschlag folgen.

Bei diesen aus Polen nach Deutschland verschleppten ausländischen Arbeitskräften im Zwangsarbeitseinsatz ging es um als „rassisch minderwertig" begriffene Fremde, die mit einem deutlichen „P" gekennzeichnet sich auch in der Freizeit nur sehr eingeschränkt bewegen durften. Coors wollte genau diese Einschränkungen mit harten Strafdrohungen durchsetzen.

Das sind vier konkrete Beispiele individueller Herrschaftsausübung, die Coors auch unter nationalsozialistischem Profilierungsdruck so nicht nötig gehabt hätte. Diese Niedertracht scheint im Widerspruch zu stehen zur vielfach und durchaus glaubhaft von Zeitzeugen überliefer-

Stadtarchiv Wedel
Sign_163.3

Niederschrift
über die Bürgermeisterbesprechung
am 20. Juni 1941 in Elmshorn.

Anwesend:

Landrat Duvigneau, Pinneberg,
Reg.Assessor Schneider, Pinneberg,
k.Kreisleiter Hans Letje, Pinneberg,
Bürgermeister Döbling, Uetersen,
Bürgermeister Coors, Pinneberg,
Bürgermeister Spilger, Quickborn,
Bürgermeister Rancke, Schenefeld,
Bürgermeister Kreutz, Halstenbek,
Bürgermeister Kühl, Bollingen,
Bürgermeister von Helms, Tornesch,
1.Beigeordneter Quarling, Barmstedt,
1.Beigeordneter Zimmermann, Wedel,
Stadtobersekretär Hinz, Wedel,
Stadtrat Bindemann, Elmshorn,
Stadtrat Dieroks, Elmshorn,
Direktor Mehrt, Elmshorn,
Stadtoberinspektor Langbehn, Elmshorn,
Polizei inspektor Riepor, Elmshorn,
Stadtobersekretär Schmidt als Schriftführer.

Unter dem Vorsitz von Stadtrat Bindemann werden folgende Angelegenheiten behandelt:

1. Ausländische Arbeitskräfte, insbesondere Polen als polizeiliches Problem.

Bürgermeister Coors, Pinneberg, führt aus, dass im Kreise Pinneberg ausländische Arbeitskräfte in ganz erheblichem Masse zum Arbeitseinsatz gelangt sind. Nach den Ausführungen aus Pinneberg bereitet die polizeiliche Überwachung der polnischen Arbeiter besonders grosse Schwierigkeiten. In zunehmendem Masse und mit besonderer Frechheit werden von ihnen die Bestimmungen der Polizeiverordnungen vom 8.3.1940 über die Kennzeichenpflicht und vom 27.3.1940 über die Pflichten der polnischen Arbeiter übertreten. In zahlreichen Fällen konnte festgestellt werden, dass das Kennzeichen überhaupt nicht oder verdeckt getragen wurde oder dass Polen ohne Erlaubnis ihren Aufenthaltsort verlassen haben. Ebenfalls wurden Polen in Gastwirtschaften angetroffen, in denen sie nicht verkehren dürfen.
Diese Übertretungen sind bisher durch polizeiliche Strafverfügung mit Geldstrafen geahndet. Vereinzelt sind auch Haftstrafen vollstreckt worden und zwar Sonntags, um den Arbeitgebern die Arbeitskraft nicht zu entziehen. Beide Strafmassnahmen haben bisher zu einem Erfolg nicht geführt, im Gegenteil, die Übertretungen haben noch zugenommen. Gerüchtweise wird verlautet, dass die Arbeitgeber die Geldstrafen für ihre polnischen Arbeitskräfte bezahlt haben, um keinen Arbeitskräftenausfall durch die Haftverbüssung zu erleiden. Wiederholt konnten auch an Sonntagen auswärtige polnische Arbeiter mit Fahrrädern gestellt werden, die ihnen von den Arbeitgebern verbotswidrig zur Benutzung überlassen waren. In anderen Gemeinden des Kreises sind ähnliche Feststellungen getroffen. Es wird allgemein angenommen, dass die Arbeitgeber ihre polnischen Arbeiter zu decken versuchen.

49 StadtA Wedel Sign_163.3 (Niederschrift BM-Besprechung 20.6.1941 Elmshorn). Dank an Dr. Sebastian Lehmann-Himmel.

50 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 321ff.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 304-305 24.11.25 08:52

Bürgermeister Coors hält es daher für erforderlich, dass
unbedingt jedem Arbeitgeber in ganz klarer und ein-
deutiger Form auf ihre Pflichten den Polen gegenüber hin-
gewiesen werden und dass ihnen insbesondere auch die Über-
lassung der Fahrräder untersagt wird. Den Arbeitgebern
muss dabei angedroht werden, dass rücksichtslos mit länge-
ren Haftstrafen an Wochentagen gegen die Polen vorgegan-
gen wird und dass ihnen die ausländischen Arbeitskräfte
entzogen werden, wenn die Übertretungen nicht aufhören.
Bürgermeister Dölling, Uetersen, hält es für zweckmässig,
auch das Strafmass für die einzelnen Übertretungen aus-
ländischer Arbeitskräfte [illegible] einheitlich festzulegen.
Dieser Vorschlag erscheint anderen Besprechungsteilnehmern
mit Rücksicht auf das verschieden hohe Einkommen der Straf-
fälligen nicht durchführbar. Als ein besonderer Mangel
in der Polizeiverordnung vom 27.3.1940 wird es angesehen,
dass bei einem Besuch von Polen in verbotenen Gastwirt-
schaften der Wirt nicht bestraft werden kann. Verschiede-
ne Bürgermeister führen Fälle aus der Praxis an, die es
unbedingt geboten erscheinen lassen, dass auch der Gast-
wirt in Strafe genommen wird. Es wäre daher zu empfehlen,
bei dem Herrn Regierungspräsidenten die Ergänzung der
Strafvorschriften in der genannten Polizeiverordnung zu
beantragen.
Polizeiinspektor Riepor, Elmshorn, hat beobachtet, dass
erst kürzlich zugezogene freiwillige polnische Arbeiter
in sehr kurzer Zeit die geistige Führung aller anderer
Polen übernommen haben. Die Beobachtungen werden fortge-
setzt.
Hingewiesen wird weiter darauf, dass sowohl das Arbeits-
amt als auch die Arbeitsfront nicht immer das nötige Ver-
ständnis für die polizeilichen Massnahmen gegen die Polen
gezeigt haben. In letzter Zeit ist in verstärkter Masse
beobachtet worden, dass Polen die Reichsbahn nach Hamburg
und auch in nördlicher Richtung benutzen. Diesem Treiben
müsste durch den Bahnschutz energisch entgegengetreten
worden.
Von Bürgermeister Kühl, Rellingen, wird geltend gemacht,
dass es in den kleinen Gemeinden an Polizeibeamten man-
gelt, um eine ordnungsmässige Überwachung der ausländischen
Arbeitskräfte durchzuführen, [illegible] gerade in den kleinen
Gemeinden ausländische Arbeiter in besonders starkem
Masse zum Arbeitseinsatz gelangt sind. Auf diesen unhalt-
baren Zustand auf dem Lande verweist in diesem Zusammenhang
auch der k.Kreisleiter anhand einiger besonders hervortre-
tender Beispiele aus der Praxis.
Von allen Besprechungsteilnehmern wird einmütig anerkannt,
dass mit den schärfsten Mitteln -besonders gegen die Polen-
vorgegangen werden muss, um den immer stärker hervortreten-
den Auswüchsen mit Erfolg entgegentreten zu können. Den
Vorschlägen von Bürgermeister Coors entsprechend wird Land-
rat Duvigneau die Arbeitgeber durch die Amtsvorsteher zur
Einhaltung ihrer Pflichten energisch auffordern. Den in
Elmshorn getätigten Beobachtungen bittet der Landrat auch
in den anderen Gemeinden ganz besondere Beachtung zu
schenken. Ein illegaler organischer Zusammenschluss aus-
ländischer Arbeitskräfte muss mit allen Mitteln verhindert
werden. Empfohlen wird vom Landrat Duvigneau weiter, mit
den örtlichen Dienststellen der Reichsbahn in Verbindung
zu treten, um die Polen an der Bahnfahrt zu hindern, ge-
gebenenfalls dadurch, dass der Verkehr an den Bahnsperren
durch Polizeibeamte in Zivil überwacht wird.

3.
Solange die Möglichkeit einer Bestrafung der Lokalbesitzer
nicht besteht, müssten diese durch Androhung der Konzessions-
entziehung angehalten werden, die Polen in ihren Lokalen
nicht zu dulden.
Im übrigen werden auch von Landrat die Schwierigkeiten
nicht verkannt, denen insbesondere die Leiter der kleinen
Gemeinden in der Ausländerüberwachung gegenüberstehen, weil
ihnen die erforderlichen Polizeikräfte fehlen. Es wäre daher
auch besonders zu begrüssen, wenn die Partei in noch stär-
kerem Masse als bisher erzieherisch auf die ländlichen Ar-
beitgeber einwirken könnte.

2. Einrichtung gemeindlicher Wohnungstauschstellen,
Verpflichtung der Vermieter zur Meldung freigewordner Woh-
nungen, Genehmigungspflicht zur Umwandlung von Wohnungen in
Räume anderer Art (Fabrik- und Lagerräume).

Bürgermeister Kühl, Rellingen, macht auf die in immer stär-
kerem Masse in Erscheinung tretende Wohnungsknappheit auf-
merksam und möchte wissen, ob in den anderen Gemeinden des
Kreises die Einrichtung von Wohnungstauschstellen beabsich-
tigt ist (Vfg.d.Landrats vom 3.6.41). Bürgermeister Dölling,
Bürgermeister Coors und Stadtrat Dierks führen hierzu aus,
dass bisher von der Einrichtung von Wohnungstauschstellen
Abstand genommen ist. Es wird befürchtet, dass diese Stel-
len von den wohnungssuchenden Volksgenossen als eine Fort-
setzung der früheren Wohnungsämter angesehen wird, durch die
sie in der Reihenfolge ihrer Anmeldung einen Anspruch auf Zu-
weisung einer Wohnung erhielten. Für die Zuweisung kann
heute nur die Dringlichkeit entscheidend sein. Empfohlen
wird, den Wohnungstausch überörtlich, möglichst provinzial
zu regeln. Er wünscht wäre auch ausserdem eine Austauschmög-
lichkeit unter den Beamtenwohnungen zur Einsparung von Tren-
nungsentschädigung.
Die Anordnung über die Verpflichtung der Vermieter zur Mel-
dung freigewordener Wohnungen ist eine Massnahme der Preis-
bildung. Die Meldepflicht reicht nicht aus, um eine gerechte
Verteilung des anfallenden Wohnraumes zu gewährleisten. In
den weitaus meisten Fällen wird heute über Wohnungen unter
der Hand anderweitig verfügt, bevor die Gemeindeverwaltung
von dem Freiwerden Kenntnis erhält. Nach einer in Hamburg
bestehenden Anordnung, die allerdings wohl jeder gesetzlichen
Grundlage entbehren dürfte, soll die Wiedervermietung einer
freigewordenen Wohnung nur mit Zustimmung der Behörde ge-
stattet sein. Landrat Duvigneau glaubt, dass nach diesem
Kriege ähnliche Zwangsmassnahmen in der Wohnungswirtschaft
ergriffen werden, wie nach dem Kriege 1914/18. Zu begrüssen
sind daher die in Uetersen, Pinneberg, Bernstedt und besonders
in Wedel in Vorbereitung befindlichen Anordnungen. Es wird
empfohlen, Muster anzufordern.
Bürgermeister Coors, Pinneberg, und Stadtrat Dierks, Elmshorn,
führen aus, dass die vor ca. einem [illegible] Jahr an den Arbeits-
minister eingereichten Anträge auf Anordnung der Genehmigungs-
pflicht für die Umwandlung von Wohnungen in Räume anderer
Art, (Art. III des Gesetzes zur Änderung des Reichsmietengo-
setzes und des Mieterschutzgesetzes vom 18.4.1936) noch immer
nicht genehmigt sind. Es müsste erwartet werden, dass schneller
über diese Anträge entschieden wird. Landrat Duvigneau emp-
fiehlt, hierüber im Lagebericht unter Angabe der Anzahl der

Ausländische Arbeitskräfte treten mit „besonderer Frecheit" aus, fident Bürgermeister Coors und fordert „rücksichtslos mit längeren Haftstrafen an Wochentagen gegen die Polen" vorzugehen. Auszug aus dem Protokoll der „Bürgermeisterbesprechung" mt Landrat Duvigneau am 20.6.1941. (Bildnachweis: Sign_163.3, StadtA Wedel)

ten Anerkennung, Coors sei ein kompetenter, gemäßigt auftretender und gerechter nationalsozialistischer Bürgermeister gewesen.

Unterschied Coors möglicherweise zwischen deutschen „Volksgenossen" und machtlosen Anderen? Diese Erklärung würde jedenfalls zum Muster der propagierten NS-Volksgemeinschaft passen: Auf der einen Seite verhieß sie ein harmonisches Zusammenrücken der „arischen Volksgenossen", also derjenigen, die dazugehören sollten, und auf der anderen Seite ging es um das Ausgrenzen, ja Ausschließen der abgelehnten Anderen.[51]

51 Vgl. Frank Bajohr, Michael Wildt (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Für Schleswig-Holstein: Danker/Schwabe 2022, S. 172–247.

Nach 1945: Sühne, Kämpfe und Ehrung

Karl Coors, gezeichnet von einem Mithäftling im Internierungslager Neumünster-Gadeland 1946. (Bildnachweis: Seifert, Pinneberg zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 362)

Coors wurde von den Briten zunächst in Pinneberg und Elmshorn als Bürgermeister im jeweiligen Amt belassen beziehungsweise wieder eingesetzt,[52] bemühte sich sogar um erste Wiedergutmachungsgesten an NS-Opfer,[53] und wurde dann doch in den „automatic arrest" der Briten einbezogen, als Amtsträger der NSDAP, nämlich Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik;[54] im Nachhinein betrachtet eher irrtümlich, denn dieses Amt war vergleichsweise unbedeutend gewesen.[55] Coors verbrachte zwei Jahre in der Internierungshaft. Er rechtfertigte sich in ausführlichen Erklärungen. (QUELLE 7 Coors 11.6.1947) Seine Frau bat den Staatsanwalt um Freilassung, auch der neue Pinnberger sozialdemokratische Bürgermeister Richard Köhn.[56]

Mehr als zwei Dutzend Leumundszeugnisse brachte Coors in das gegen ihn eröffnete Spruchgerichtsverfahren[57] ein,[58] darunter überwiegend durchaus glaubwürdige, teilweise auch vorsichtig formulierte Erklärungen ausgewiesener Demokraten vorwiegend aus der SPD, aber auch aus CDU und FDP. (QUELLE 8 Exemplarische Leumundszeugnisse) Allerdings sollte bei der Lektüre quellenkritisch beachtet werden, dass in derartigen Verfahren wie auch in der Entnazifizierung eine Umkehr der Beweislast vorherrschte, also Angeklagte und Betroffene den Nachweis ihrer Unschuld vorzubringen hatten, weshalb

52 Vgl. Seifert 2000/2014 S. 360f.; Seifert 1996, S. 31, 38, 49; May 1996, S. 90ff.
53 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 261.
54 Zu Coors ab Mai 1945 ausführlich: Seifert 2000/2014, S. 359–365.
55 Kategorisierungskarte der Internierung 18.1.1947, BA Koblenz, Z_42_VI_607 (Spruchgerichtsakte Coors), pag. 9.
56 Bürgermeister Köhn 28.3.1947 an Lagerkommandant Eselheide, Rose Coors 28.5.1947 an Oberstaatsanwalt Lüneburg, beide: BA Koblenz, Z_42_VI_607 (Spruchgerichtsakte Coors), pag. 23, 79f. Zu Richard Köhn vgl. Seifert 2000/2014, S. 25f., 110, 341ff., 362ff.; Seifert 1996 S. 42, 50ff.; May 1996, S. 97–106.
57 Zur Internierung und den – nur in dieser Zone errichteten – deutschen Spruchgerichten siehe Heiner Wember: Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991/2007.
58 Zahlreiche Leumundszeugnisse, BA Koblenz, Z_42_VI_607 (Spruchgerichtsakte Coors), pag. 23, 27–76.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 306-307 24.11.25 08:52

sie Bekannte um „Persilscheine" baten und natürlich nur einreichten, was passte. Gleichwohl sprach es für Coors, dass ihm wichtige Sozialdemokraten, die bis 1933 und wieder ab 1945 in Pinneberg wirkten, ehrlich beisprangen. Das Spruchgericht Bielefeld verurteilte Coors als Amtsträger der NSDAP und wegen seiner beruflichen Kenntnis der NS-Verbrechen zunächst zu einer Geldstrafe, (QUELLE 9 Verfügung 24.10.1947) sprach ihn Anfang 1948 aber in zweiter Instanz frei. (QUELLE 10 SG-Urteil 21.1.1948)

Abschrift.

607 / 10

Der Bürgermeister

Pinneberg, den 28. 3. 1947.

An den
Herrn Lagerkommandanten
No. 7 610. Int.Comp.,
Eselheide

Leumundszeugnis über den Internierten
Karl Coors, geb. 26.12.1896, No. 108 210 A/IV/58

Der im dortigen Lager Internierte: Karl Coors, war von 1937 - 1945 Bürgermeister der Stadt Pinneberg. Er war als tüchtiger und erfahrener Verwaltungsbeamter bekannt, sein Verhalten der Bevölkerung gegenüber war in jeder Weise korrekt und gerecht. Soviel mir bekannt ist, war Coors Mitglied der NSDAP und hat das Amt eines Kreisamtsleiters bekleidet, ist jedoch öffentlich nicht in Erscheinung getreten, sodass Coors meines Wissens nicht als Aktivist anzusehen war. Ich möchte daher seine Entlassung aus dem Internierungslager dringend befürworten. Ich selbst gehörte nicht der Partei, noch irgendeiner ihrer Gliederungen an.

(Siegel: Stadt Pinneberg) gez. Köhn.

Die Richtigkeit der Abschrift bescheinigt:
Polizeiabteilung Pinneberg
Pinneberg, den 5. 4. 1947

Der Leiter der Polizei-Abteilung Pinneberg

Tiemann,
(Tiemann)
Polizei-Obermeister.

Das Leumundszeugnis aus der Feder des alten Sozialdemokraten (und Nachkriegsbürgermeisters) Richard Köhn für den inhaftierten Coors vom 28.3.1947. (Bildnachweis: Spruchgerichtsakte Coors, Z_42_IV_607, BA Koblenz)

Coors betrieb jetzt seine Entnazifizierung und versuchte, Einsicht zu demonstrieren: *„So gab es viele Mitläufer, die sich im Laufe der Zeit innerlich von der Partei entfernten, äußerlich aber das Gesicht waren mussten. … Diese Menschen haben die letzten zwölf Jahre als größten politischen Irrtum aus ihrem Leben gestrichen. Sie müssen dennoch die Folgen tragen, sind aber willig zur Mitarbeit an einem demokratischen Wiederaufbau in Deutschland. Zu Ihnen gehöre ich auch."*[59] Im Entnazifizierungsentscheid, der im März 1949 tatsächlich zunächst auf Kategorie IV *„Mitläufer"* lautete und erst in der Berufung im Dezember 1949 zur Umgruppierung auf V *„entlastet"* führte,[60] wurde ihm ausdrücklich der Anspruch auf volle Bezüge zugespro-

59 Coors an EN-Ausschuss 20.4.1948, StadtA Pinneberg, Sondersammlung Coors (pag. 123–126). Hier zitiert nach Seifert 2000/2014, S. 351.

60 Siehe oben QUELLE 3.

chen, aber die Rückkehr in die Rolle als Verwaltungschef verwehrt; zeitweise arbeitete er darauf als Bezirksdirektor der Provinzial.[61] – Die Bürgermeisterrolle – respektive nach britischem Recht die des Stadtdirektors – wäre auch an der politischen Mehrheit in der Stadtvertretung gescheitert.[62]

Über Jahre muss Coors um seine Versorgungsbezüge prozessieren.[63] Es geht dabei nicht darum, *ob* sie gezahlt werden, sondern *von wem*, Pinneberg oder Elmshorn. Es ist auch vom Nachfolger Glissmann verantwortete juristische Trickserei im Spiel, die Coors' Gesundheit abträglich ist. 1950 aber geht Pinneberg dann fair in Vorkasse, verliert 1952 schließlich auch die juristischen Auseinandersetzungen und zieht die zunächst eingelegte Berufung zurück.

Coors verbitterte in diesen Jahren. Nach dem Tod im Jahr 1958 erhielt er ein städtisches Ehrengrab. Möglicherweise begriff man das als eine späte Wiedergutmachung der Stadt…

Fazit

Die nationalsozialistische Berufsbiografie von Karl Coors lässt sich beschreiben als Profilierung eines spät zur „Bewegung" Gestoßenen auf Kosten Schwächster, die verbunden war mit breiter Achtung als guter und gemäßigter Verwaltungschef gegenüber deutschen „Volksgenossen".

In dieser Janusköpfigkeit erscheint Coors als ein nicht untypischer Akteur der NS-Volksgemeinschaft.

Seine Rehabilitation sowie späte Ehrung können als charakteristisch für personelle Reintegration und Kontinuität der jungen Bundesrepublik gelten.[64]

61 Antrag auf Wiederverwendung 18.3.1949; finale Entnazifizierungsentscheidung 1.12.1949 (Gruppe 5 entlastet), StadtA Pinneberg, Personalakte Coors (pag. 146, 384); Werbeschreiben der Provinzial 1.1950, StadtA Pinneberg, Sondersammlung Coors (pag. 40).

62 1950 gab es in bürgerlichen Kreisen die – aussichtslose – Überlegung, ihn als Kandidaten aufzustellen. Vgl. Seifert 2000/2014, S. 363f.

63 Zahlreiche Dokumente und Vorgänge zum Verfahren in StadtA Pinneberg, Personalakte Coors, u. a. das Verwaltungsgerichtsurteil vom 11.3.1952 (pag. 459–469), Berufung vom 29.8.1952 (pag. 276), Rücknahme benannt in Schreiben an Innenminister 13.3.1953 (pag. 471).

64 Vgl. beispielsweise Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996. Für Schleswig-Holstein: Danker/Schwabe 2022, S. 468–497.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 308-309 24.11.25 08:52

4. Henry Glissmann (1898–1966)

Kurze Berufsbiografie von Henry Glissmann[65]

Der 17jährige Lehrling Henry Glissmann, im Pinneberger Tageblatt abgedruckt in den 1960er Jahren. (Bildnachweis: Personalakte Glissmann, StadtA Pinneberg)

Henry Glissmann (1898–1966), Kriegsteilnehmer im I. Weltkrieg, steigt nach Lehre und Tätigkeit beim linksliberalen Anwalt und MdR Felix Waldstein bis 1926/28 zum Leitenden Beamten der Stadtverwaltung Pinneberg auf. Der Vater von sechs Kindern vertritt in Pinneberg den Verband der Kommunalbeamten und ist geachtet in allen politischen Lagern.

In der Endphase der Weimarer Republik zählt Glissmann in Pinneberg zu den bekennenden Demokraten, wird bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 jedoch im Amt belassen. Glissmann passt sich an und tritt 1937 der NSDAP bei.

Um dem (erneuten) Kriegsdienst zu entgehen, bewirbt er sich 1942 nach Riga in das „Reichskommissariat Ostland", das deutsche Besatzungsregime im Baltikum. Dort ist er zuständig für die Betreuung der deutschen und lettischen Mitarbeiter der Dienststelle des Generalkommissars für Lettland. Nach kurzem förmlichen Wehrdienst 1945 gerät Glissmann in britische Kriegsgefangenschaft, verbleibt nach der Entlassung im „Wartestand" und wird Ende 1945 von den britischen Besatzern als belastet aus dem Verwaltungsdienst entlassen.

65 Quellen zur Berufsbiografie von Henry Glissmann: StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (493 S.); StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann II (138 S.); StadtA Pinneberg, Glissmann Aktenteile 1936_1944 (9 S.); BA Berlin R_92_PA/254 (P-Akte Glissmann 25 S.); BA Berlin R_92_170 (GenK Lettland, Auszug 5 S.); BA Berlin R_92_250 (GenK Lettland, Auszug 3 S.); LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, 55 S.); LASH Abt. 605, Nr. 13605 (Ordensakte Glissmann, 21 S.).
Literatur: Johannes Seifert: Pinneberg zur Zeit des Nationalsozialismus, Pinneberg 2000/2014); Johannes Seifert: Die britische Militärregierung in Pinneberg 1945–1951, in: Geschichtswerkstatt VHS Pinneberg: Pinneberg 1945, Pinneberg 1996, S. 26–85; Klaus May: Politischer Neuanfang in Pinneberg nach dem Kriegsende 1945, in: Geschichtswerkstatt VHS Pinneberg: Pinneberg 1945, Pinneberg 1996, S. 86–137; Dieter Borchardt (Hrsg.): 1945 – Neubeginn in Pinneberg. Erinnerungen des Pinneberger Kommunisten Artur Stehr, Pinneberg 2025.
Formale Daten zur Biografie: Personalbogen, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann II, pag. 3–8. Alle konkreten weiteren Belege im Folgenden.

Inzwischen Mitglied der wiedergegründeten SPD und breit unterstützt von Repräsentanten der lokalen Politik, kehrt Glissmann 1946 ins Rathaus zurück, wird 1947 als *„entlastet"* entnazifiziert, 1949 zum Stadtdirektor gewählt und wirkt von 1950 bis 1963 sehr erfolgreich als Bürgermeister.

1932 bekennender Demokrat

Glissmann gab nach 1945 an, er habe 1932 mit der örtlichen SPD über einen Beitritt verhandelt, er sei auch Mitglied in der demokratischen Republikschutzorganisation „Eiserne Front"[66] geworden, habe also aktiv die Weimarer Demokratie verteidigen wollen.[67]

In seine beiden Entnazifizierungsverfahren 1945 und 1946/47 brachte Glissmann zahlreiche Leumundszeugnisse von lokalen Politikern ein, die als überwiegend glaubhaft einzuordnen sind. Insbesondere einige Sozialdemokraten kannten ihn seit Jahrzehnten. Auf seinen Wunsch hin äußerten sie sich in kurzen Texten. (QUELLE 1 Drei sozialdemokratische Leumundszeugnisse) Der Drahtweber Heinrich Sellmann, ehemaliger KPD-Stadtverordneter 1928–1930, dann Wechsel zur SPD und bis 1933 örtlicher Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), sozialdemokratischer Stadtrat 1946–1952,[68] bestätigte Glissmann die Mitwirkung in der „Eisernen Front" sowie damals erörterte Eintrittsabsichten in die SPD.[69] Auch Johannes von der Heide, SPD-Stadtrat von 1919 bis 1933, bezeugte Glissmanns Rolle in der Republikschutzorganisation und dessen Interesse an einem SPD-Eintritt: *„Aus unseren Kreisen wurde Ihnen damals angeraten, mit Rücksicht auf die Entwicklung der Politik davon Abstand zu nehmen. Ihnen und uns war mehr damit gedient, dass sie 1933 im Amt blieben."*[70] Noch deutlicher stellte Glissmann selbst 1946 sein damaliges demokratisches Engagement heraus.[71]

Die Bewertung ist nicht ganz einfach: Denn formale Mitgliedschaften hatte es in der „Eisernen Front" nicht gegeben und Mitwirkende in diesem zur Verteidigung der Weimarer Republik gebildeten Bündnis kamen aus der SPD, dem (sozialdemokratischen) „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", den Freien Gewerkschaften oder dem Arbeiter-Turn- und Sportbund; allesamt Verbände, denen Glissmann nicht angehörte. Auch werden örtliche Sozialdemokraten 1932 nicht so hellseherisch gewesen sein, dass sie auf einen lokalen Spitzenbeamten in der bevorstehenden NS-Diktatur setzten und deshalb vom kompromittierenden SPD-Beitritt abrieten. Diese Leumundszeugnisse sind im Konkreten also recht schief. Dennoch erscheinen sie im Kern als glaubhaft. Für die Vertrauenswürdigkeit spricht bei genauer und quellenkritischer Lektüre nämlich, dass diese „Persilscheine" bezogen auf Glissmanns spätere Hinwendung zur NSDAP und zu seiner Rolle in Riga zurückhaltend, ja erkennbar vorsichtig formuliert sind.

66 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 74ff, 91. Zur „Eisernen Front" siehe: https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/eisernefront (letzter Aufruf 19.6.2025).
67 Entnazifizierungsfragebogen 25.4.1946, S. 9, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag.10).
68 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 23.
69 Leumundszeugnis Sellmann 23.8.1945, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 29).
70 Leumundszeugnis von der Heide 8.1945, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 30; auch: pag. 37).
71 Anmerkungen Fragebogen 25.4.1946, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 27).

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 310-311 24.11.25 08:52

Abschrift!

Pinneberg, im Aubust 1945

Johs. von der Heide
Pinneberg

Herrn
Henry G l i s s m a n n
Pinneberg /Holst.

Wunschgemäss bestätige ich Ihnen hiermit gern folgendes:
Ich kenne Sie von Jugend an, besonders aber aus meiner Tätigkeit als Stadtrat der Stadt Pinneberg von 1919 bis 1933 und habe mich mit Ihnen überpolitische, wie auch die Stadt Pinneberg betreffende Dinge während der vorgenannten Zeit und auch nach 1933 unterhalten. Sie waren nicht Mitglied der S.P.D., standen aber immer unserer Partei nahe. Sie waren Mitglied der Eisernen Front, die eine Organisation der S.P.D. war und waren 1932 bereit, unserer Partei beizutreten. Aus unseren Kreisen wurde Ihnen damals angeraten, mit Rücksicht auf die Entwicklung der Politik davon Abstand zu nehmen. Ihnen und uns war mehr damit gedient, daß Sie 1933 im Amt blieben. Mir sind die Schwierigkeiten, im Amt, die Sie nach 1933 gehabt haben, bekannt geworden. Ich habe mich auch mit Ihnen selbst darüber unterhalten. Aus unseren Unterhaltungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß Sie Ihren politischen Standpunkt auch nach 1933 nicht geändert haben. Mir ist bekannt, daß Sie 1937 in die N.S.D.A.P. eintreten mussten und daß Sie bei der Zivilverwaltung in Lettland tätig waren. Sie geniessen noch heute nicht nur die Sympathien unserer Mitglieder, sondern weiter Kreise der hiesigen Bevölkerung, die bestimmt bedauern würden, wenn Sie nicht wieder in Ihr Amt können. Ich bin bereit, eine entsprechende Erklärung vor der englischen Militärregierung abzugeben.

gez. Johannes von der Heide
Pinneberg,
Dirnstfuhrwerk

Für richtige Abschrift!
Pinneberg, den 25. 8. 1945
Der Bürgermeister
I. A.:
Stadtinsp.

Das für Glissmann ausgestellte Leumundszeugnis des Sozialdemokraten Johannes von der Heide aus dem August 1945. (Bildnacheis: Entnazifizierung Glissmann, LASH Abt. 460.9, Nr. 100)

Es wird wohl so gewesen sein, dass Henry Glissmann 1932 ehrlich um den Fortbestand der Demokratie besorgt war, die Nähe zum sozialdemokratischen Milieu suchte und fand; auch mag er am Rande an Demonstrationen der „Eisernen Front" mitgewirkt haben.

Weil er – 1932 oder 1933 – das Hissen der nationalsozialistischen Hakenkreuzfahne vor dem der Stadt gehörenden Lokal „Stadt Hamburg" untersagte, hätten SA-Angehörige im Juni 1933

Steine auf sein Haus geworfen, wobei Fenster zu Bruch gingen. Diese Steine, so Glissmann 1946, verwahre er immer noch.[72] – Auch diese Erinnerung erscheint glaubhaft. Insbesondere für das Frühjahr 1933 sind derartige, oft durch alkoholisches „Vorglühen" im SA-Vereinslokal verstärkte, Gewaltmaßnahmen gegen „politische Gegner" sehr zahlreich dokumentiert.

Jedenfalls genoss Glissmann in der Endphase der Republik in Pinneberg sogar bei Kommunisten Ansehen. Der Kommunist August Stehr führte später als Zeitzeuge aus: *„Aus dieser Zeit* (ca. 1932, UD) *hatten ihn die Pinneberger Kommunisten in guter Erinnerung. Er hat geholfen, wo er konnte. Es gab keinen Kommunisten in Pinneberg, der was gegen Henry Glissmann hatte. Dann wurde er Goldfasan bei den Nazis, …"*[73]

1933 im Amt belassen

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Kanzler einer Koalitionsregierung aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen ernannt wurde, begann ein radikaler, gewalttätiger und tiefgreifender politischer Herrschaftswechsel, der den Alltag der „deutschen Volksgenossen" veränderte und sie oft auch zu persönlichen Reaktionen, Positionierungen und Bekenntnissen nötigte.[74]

Im März 1933 setzte die Machtübernahme auf örtlicher Ebene ein: Magistrate traten zurück, Bürgermeister verloren ihre Ämter. Gerade gewählte Kommunisten wurden gar nicht geladen, viele Sozialdemokraten zum Verzicht genötigt, nach dem SPD-Parteiverbot am 22. Juni ohnehin. Bürgerliche Abgeordnete schlossen sich meist der „nationalen Bewegung" an einzelne schieden aus. Deutschnational gesinnte Landräte, Bürgermeister und Spitzenbeamte verblieben meist im Amt; ideologisch waren die Differenzen ohnehin gering. Parallel zur öffentlichen Verwaltung entstanden Parteibürokratien: Landräte mussten mit NSDAP-Kreisleitern kooperieren, Bürgermeister mit Ortsgruppenleitern. Dieser Dualismus konkurrierender paralleler Verwaltungen blieb Teil des NS-Herrschaftsmodells.

Und der öffentliche Dienst geriet zum Beuteobjekt: Das Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 bot die Handhabe, Verwaltungen von missliebigen Personen zu „säubern", insbesondere Juden und ausgewiesene Republikaner zu entlassen. Die meisten Angehörigen des öffentlichen Dienstes galten als unpolitisch oder national-konservativ/deutschnational. Sie verblieben in ihren Positionen, viele von ihnen strebten nun in die NSDAP. Beflissen stellten sich Verwaltungen und Bildungseinrichtungen um, Polizei und Justiz mit besonderem Eifer. Die NS-Herrschaft war jedenfalls auf die Mitwirkung der öffentlichen Institutionen angewiesen, was auch für die lokale Ebene galt.

Das bildete die Rahmenbedingungen auch für Pinnebergs Leitenden Beamten, Stadtoberinspektor Henry Glissmann. Er ist bei den örtlichen Nationalsozialisten umstritten; das ist ihm klar, natürlich auch dem überschaubaren Milieu örtlicher Politik und Verwaltung. Würde man ihn entlassen und ersetzen, oder würde man seine professionelle Kompetenz für die neue Herrschaft zu nutzen versuchen?

72 Anmerkungen Fragebogen, wohl 1945; Eingabe Glissmann 10.4.1946, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 33, 17) (QUELLE 3).
73 Borchardt/Stehr 2025, S. 6.
74 Vgl. auch zum Folgenden: Uwe Danker, Astrid Schwabe: Volksgemeinschaft in der Region. Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Husum 2022, S. 73–113.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 312-313 24.11.25 08:52

Auch gegen Glissmann begann ein Verfahren nach dem Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums".[75] Darin wurde er ausdrücklich als *„politisch unzuverlässig"* bezeichnet und ein längeres Prüfverfahren eingeleitet.[76] Man verlangte – und Betroffene leisteten auch von sich aus – demonstrative Anpassungsschritte, die aus nationalsozialistischer Perspektive der Bewährung dienen sollten. Eine von Glissmanns neuen „Leistungen" war, dass er den seit 1923 amtierenden sozialdemokratischen Bürgermeister Wilhelm Burmeister zum Rücktritt bewegte.[77] Der „Verband der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens" erließ eine Ergebenheitsadresse an die NS-Bewegung; Glissmann als örtlicher Vorsitzender trat zurück und wurde sofort wiedergewählt.[78] Wie andere städtische Bedienstete auch erklärte Glissmann seine Treue zur neuen Führung, fand mit dem einflussreichen Rechtsanwalt und NSDAP-Ortsgruppenführer Franz Baselli einen nationalsozialistischen Befürworter;[79] es gab für ihn auch keinen hinreichend professionellen Ersatz, zumal der neue NS-Bürgermeister Heinrich Backhaus über keinerlei Verwaltungserfahrung verfügte.[80]

Glissmann kann die Funktion des wichtigsten städtischen Beamten weiter ausüben. Aber manche Nationalsozialisten begegnen ihm weiterhin misstrauisch und unfreundlich. Den – realen und gefühlten – Druck beantwortet Glissmann mit Profilierung, mit massiver Anpassung an die neue Zeit: 1933 zeichnet er eine Fördermitgliedschaft der SS, was oft eine Ausgleichsmaßnahme jener darstellt, die es bis zur Mitgliedersperre vom 1. Mai 1933 verpasst haben, der NSDAP beizutreten. Nach der Lockerung der Aufnahmebegrenzung 1937 wird auch Glissmann Parteigenosse mit der Mitgliedsnummer 5.443.840;[81] und zwar – wenngleich spät hinzugestoßen – als reguläres Mitglied und nicht nur als Anwärter, wie von ihm später behauptet.[82]

Er gehört fortan dazu. Als er sich 1942 nach Riga bewirbt, bescheinigt ihm Bürgermeister Karl Coors nicht nur fachliche Kompetenzen und erfolgreiches Wirken, sondern erklärt ihn mit Verweis auf den NSDAP-Ortsgruppenleiter ausdrücklich auch für *„politisch zuverlässig"*.[83] (QUELLE 2 Freigabe und Beurteilung)

75 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 118f.

76 Vorgänge dazu finden sich nicht in der Personalakte von Glissmann, die nach offizieller Auskunft der Stadtverwaltung Pinneberg aus dem Jahr 2023 „um mindestens die Hälfte des Inhalts beraubt" sei: DS 23_328_01. Ehemalige Paginierungen der Akte zeigen, dass sie in Teilen durcheinandergeraten ist und vor allem erhebliche Verluste eingetreten sind. Beides lässt sich kaum mit einem liederlichen behördlichen Umgang (außerhalb des städtischen Archivs, das sei betont) erklären, sondern legt auch den Verdacht nahe, dass von interessierter Seite – von wem, wann und aus welchem jeweiligen Motiv auch immer – „Aktenbereinigungen" stattfanden. Jedenfalls fehlen – bezogen auf die interessierenden Zeiträume Weimarer Republik und NS-Zeit – einige Selbstäußerungen, Beurteilungen, Konflikte und insbesondere das Verfahren nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Abgesehen vom letztgenannten Verfahren erscheinen die Verluste als inhaltlich wenig relevant, denn sie lassen sich andere Teile der Akte und durch andere Fundstellen ausgleichen. Bezogen auf die unzureichende Dokumentation der Tätigkeit von Glissmann in Riga siehe unten Fußnote 96.

77 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 98ff.

78 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 96.

79 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 118; zu Baselli: ebenda, S. 64.

80 Eingabe Glissmann 10.4.1946, S. 2, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 18) (QUELLE 3)

81 StadtA Pinneberg, Kopie der Karteikarte aus dem Bundesarchiv Berlin; Personalfragebogen 10.9.1942, BA Berlin R_92_PA/254 (P-Akte Glissmann, pag. 6).

82 Entnazifizierungsfragebogen 25.4.1946, S. 6, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 7).

83 Briefkonzept 1.6.1942, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 49).

Erkennbar funktionierte Glissmann im Sinne der Nationalsozialisten als Leitender Beamter einer lokalen Verwaltung, die etwa durch Ordnungs- und Meldebehörden und auch Standesämter die Unrechtsherrschaft repräsentierte und mittrug,[84] die Juden sowie Behinderte erfasste und auslieferte, Kriegsvorbereitungen tätigte, den ausländischen Zwangsarbeitereinsatz organisierte, die tatenlos zusah, wenn die örtliche NS-Bewegung Angst und Schrecken verbreitete, politische Gegner jagte, Prangermärsche veranstaltete, Konzentrationslager nutzte.[85] Um seine berufliche Rolle zu behalten, vollbrachte Stadtoberinspektor Glissmann also im Symbolischen wie im Realen massive Anpassungsleistungen. Im Rahmen seiner späteren Entnazifizierung verwandte er viel Aufwand darauf, seine angeblich beibehaltene Distanz und sein reales Wirken zusammenzuführen. (QUELLE 3 Eingabe Glissmann 10.4.1946)

Wie will man diese Anpassung beim Herrschaftswechsel bewerten? Wo wären Grenzziehungen nötig, wurden Grenzen erreicht oder überschritten? – Fragen, die sich sehr, sehr viele Angehörige des öffentlichen Dienstes 1933 und in der Folgezeit stellen mussten bzw. hätten stellen können.

Henry Glissmann gilt aus der Sicht der örtlichen NSDAP-Führung als „politisch zuverlässig" und wird für den Einsatz im „Ostland" freigestellt. (Bildnachweis: Personalakte Glissmann, StadtA Pinneberg; Transkript Uwe Danker)

84 Vgl. die Ausführungen im Abschnitt 3. des Beitrags über Karl Coors.

85 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 107–129, 233-251.

Transkript (UD) StadtA Pinneberg Personalakte Glissmann 1, pag 49f.

Pgb., 1.6.1942
1. An den H. Landrat.
Betr. Bereitstellung von Dienstkräften für die besetzten Ostgebiete.
Bezug: Verfügung V. 29.5.1942

Der für eine Abordnung in Aussicht genommen Stadt Oberinspektor Henry Glissmann ist in fachlicher, gesundheitlicher und politischer Hinsicht für einen Einsatz in den besetzten Ostgebieten geeignet. Die fachliche Beurteilung ergibt sich aus dem beigefügten Befähigungsbericht. Der Gesundheitszustand des Beamten ist offenbar sehr gut. Er ist eine große, kräftige Erscheinung und hat bisher den Dienst wegen Krankheit kaum versäumt. Glissmann ist Parteigenosse und ist, auch nach dem Urteil des örtlichen Hoheitsträgers der NSDAP, politisch zuverlässig.
Mit Rücksicht auf den vordringlichen Bedarf von Fachkräften für die Verwaltung der besetzten Ostgebiete bin ich bereit, Glissmann auf Kriegsdauer freizugeben.
Außer dem Befähigungsbericht ist ein ausgefüllter Personalbogen beigefügt.

# #

2. Befähigung über den Stadt Oberinspektor Henry Glissmann, Pinneberg.

Glissmann steht seit 1916 im Dienst der Stadtverwaltung Pinneberg, hat eine gründliche praktische Ausbildung in allen Zweigen der Kommunalverwaltung erfahren und nach Besuch einer Verwaltungsschule die Sekretärprüfung bestanden. 1922 wurde er in das Beamtenverhältnis übernommen. Von 1926 an hat er, zunächst vertretungsweise und seit 1928 endgültig, die Stelle des geschäftsführenden Stadtoberinspektors bekleidet. So hatte er Gelegenheit, in der modern aufgezogenen Verwaltung einer Kreisstadt mit rund 14.000 Einwohnern im Vorortbereich von Hamburg an leitender Stelle ständig den Überblick über den gesamten Verwaltungsablauf zu behalten und wichtige oder schwierige Angelegenheiten selbst zu bearbeiten. Zusätzlich oblag ihm auch die Überwachung des inneren Dienstbetriebes und des zweckdienlichen Personaleinsatzes, sowie die Bearbeitung der Organisations- und Personalangelegenheiten. Glissmann ist im übrigen schrift- und redegewandt, hat ein ruhiges und sicheres Auftreten und weiß sich, auch unter schwierigen Verhältnissen durchzusetzen.
Ich halte Ihnen hiernach für befähigt, in der Verwaltung der besetzten Ostgebiete ein leitendes und verantwortungsvolles Amt zu bekleiden.

# #

Rolle im Reichskommissariat Ostland

Glissmann, der ja über Kriegserfahrung verfügte und seit 1937 wieder einen Wehrpass hatte,[86] musste 1942 befürchten, wie 20 Prozent seines Jahrgangs[87] eingezogen zu werden. Aktionen zum Aufspüren von Reserven, etwa die „Aktion Heldenklau" des beauftragten Infanteriegenerals Walter von Unruh, wurden forciert. Als Leitender Beamter drohte Glissmann seine vor dem Kriegsdienst schützende Unabkömmlichkeit[88] zu verlieren, schon deshalb, weil der verwaltungserfahrene Bürgermeister Coors vor Ort war und seine Geschäfte hätte übernehmen kön-

86 Personalfragebogen 10.9.1942, BA Berlin R_92_PA/254 (P-Akte Glissmann, pag.6).
87 Vgl. https://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Soldat/Wehrdienst.htm (letzter Aufruf 17.6.2025).
88 Personalfragebogen 10.9.1942, BA Berlin R_92_PA/254 (P-Akte Glissmann, pag.6).

nen. Um, wie er später ausführen würde, *„der Heranziehung zum Parteidienst"* zu entgehen und, *„da mir militärische Dinge nicht liegen"*,[89] bewarb sich Glissmann zur Zivilverwaltung des besetzten Baltikums nach Riga.[90]

Hier bestand das „Reichskommissariat Ostland", eine 1941 errichtete zivile Besatzungsherrschaft, die die baltischen Länder und große Teile Weißrusslands umfasste – und langfristig Teil der gigantischen Generalplan-Ost-Planungen war. Aktuell ging es darum, durch Ausbeutung von Menschen und Ressourcen den deutschen Vernichtungskrieg im Osten, der ins Stocken geraten war, zu finanzieren: Beispielsweise Ölgewinnung aus Schiefer und landwirtschaftliche Produktionen, Rekrutierung von Zwangsarbeitenden für das Reich und vor Ort, vor allem aber die Ermordung der hier angetroffenen und aus dem Reich, nicht zuletzt auch aus Schleswig-Holstein hierher deportierten Juden. Hundertausende, die von Einsatzgruppen aus deutschen Polizisten und baltischen Freiwilligen erschossen wurden. Die Zivilverwalter waren nicht direkte Mordakteure, aber sie organsierten im Hintergrund mit, verwalteten furchtbare Gettos und verwerteten Raubgüter.[91]

Vom Reichsministerium für die eroberten Ostgebiete gesteuert, war zum Reichskommissar zusätzlich ernannt worden Schleswig-Holsteins Gauleiter und Oberpräsident Hinrich Lohse. Er nahm zahlreiche Verwaltungsspitzen – Landräte und Kreisleiter – mit, die wiederum viele einfache Verwaltungskräfte. Kreisleiter Paulsen und der Spitzenfunktionär Theodor Fründt aus der Region Pinneberg zählten dazu, als Gebietskommissar respektive Abteilungsleiter in der Zentrale fraglos verstrickt auch in die Mordaktionen der Shoa.[92]

Glissmann will eigentlich in die Kämmerei der Stadt Riga,[93] wird aber angefordert von der Abteilung „Zentrale Verwaltung und Personal" des Generalkommissars für Lettland Otto-Heinrich Drechsler, des Bürgermeisters aus Lübeck. Ausgestattet mit Parteiuniform und Handfeuerwaffe arbeitet er in der Abteilung II Z B, Beschaffung und Gefolgschaftsbetreuung,[94] ist also zuständig für die Betreuung des deutschen und des kollaborierenden lettischen Personals in der Behörde von circa 280 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. (QUELLE 4 Glissmann Riga 1942) Das war zunächst – und von ihm auch in der Entnazifizierung immer wieder vorgebracht – eine völlig unpolitische Verwaltungsarbeit.[95] Inwieweit Glissmann aber möglicherweise

89 Eingabe Glissmann 10.4.1946, S. 4, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 20) (QUELLE 3).
90 Glissmann an GK Riga 21.8.1942, BA Berlin R_92_PA/254 (P-Akte Glissmann, pag.12); vgl. Seifert 2000/2014, S. 329.
91 Zur Besatzungsherrschaft im Reichskommissariat Ostland beispielsweise: Uwe Danker: Die „Zivilverwaltung" des Reichskommissariats Ostland und der Holocaust. Wahrnehmung, Rolle und „Verarbeitung", in: David Gaunt, Paul A. Levine, Laura Palosuo (Hrsg.): Collaboration und Resistance During the Holocaust. Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania, Bern 2004, S. 45–76.; Sebastian Lehmann, Robert Bohn, Uwe Danker (Hrsg.): Reichskommissariat Ostland. Tatort und Erinnerungsobjekt, Paderborn 2012.
92 Umfängliche Ausführungen: Uwe Danker: Der gescheiterte Versuch, die Legende der „sauberen" Zivilverwaltung zu entzaubern. Staatsanwaltschaftliche Komplexermittlungen zum Holocaust im „Reichskommissariat Ostland" bis 1971, in: Bohn, Robert (Hrsg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen" Ländern 1940–1945, Stuttgart 1997, S. 159–185. Vgl. Seifert 2000,2014, S. 293f, 327f.
93 Diverse Vorgänge, BA Berlin R_92_PA/254 (P-Akte Glissmann, pag. 8, 12, 20, 14).
94 BA Berlin R_92_170 (GenK Lettland); Berlin R_92_250 (GenK Lettland).
95 Anmerkungen Fragebogen, wohl 1945; Eingabe Glissmann 10.4.1946, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 34, 20f.) (QUELLE 3).

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 316-317 24.11.25 08:52

BA Berlin R_92_PA/254,
P-Akte Glissmann
(pag. 12)

Henry Glissmann
Stadtoberinspektor

Pinneberg, den 21. August 1942

An

den Herrn Gebietskommissar und
komm. Oberbürgermeister,

R i g a .

Ich habe mich dem Herrn Reichsminister für die besetzten Ostgebiete für den Dienst im Osten zur Verfügung gestellt. Meine Freigabe sowie die Beurteilung seitens meiner jetzigen Dienststelle liegen im Ostministerium. Der Herr Reichsminister des Innern hat mich durch Erlaß vom 3.7.42 in die besetzten Ostgebiete abgeordnet.

Mein besonderes Interesse gilt den Gebieten des jetzigen Ostlandes. Sehr gerne würde ich im Gebietskommissariat in Riga Dienst leisten. Sofern dort eine Verwendungsmöglichkeit für mich besteht, bitte ich, mich im Ostministerium anzufordern. Zu meiner Person kurz folgendes:

Ich bin 44 Jahre alt, verheiratet und habe 6 Kinder. Nach meiner Schulentlassung war ich zunächst bei Rechtsanwälten und Notaren tätig. Seit 26 Jahren stehe ich im Dienst der Stadt Pinneberg (14000 Einwohner) und versehe hier seit 16 Jahren das Amt des leitenden Bürobeamten. Im Laufe der Jahre war ich auf allen Gebieten einer Stadt- und Polizeiverwaltung tätig und hatte in bürgermeisterlosen Zeiten Gelegenheit, auch diese Geschäfte zu führen. Organisation, Personal-, Grundstücks-, Mietpreis- und Wohnungsangelegenheiten sind heute meine besonderen Arbeitsgebiete. Als Urkundsbeamter beurkunde ich auch die Verträge der Stadt über Grundstücke. Als Geschäftsführer des Fremdenverkehrsvereins habe ich dessen Werbung durchgeführt und das Holsteiner Rosenfest aufgezogen.

Seit 1.5.1937 bin ich Parteigenosse und versehe das Amt eines Kreisabschnittswarts des Reichsbundes Deutsche Familie.

Heil Hitler!

StadtA A Pinneberg,
Glissmann Aktenteile 1936_1944
(p(pag. 4)

Der Bürgermeister
- Hauptamt -

Pinneberg, den
12. August 1942

1.)

An

die Schutzpolizeidienstabteilung,

h i e r .

Der in die besetzten Ostgebiete abgeordnete Stadtoberinspektor Henry Glissmann ist mit einer Handfeuerwaffe zu versehen. Um Aushändigung wird ersucht.

In Vertretung

Erster Beigeordneter

2.)

BA Berlin R_92_250
GenK Lettland
Auszug

Lfd. Nr.	Dienststelle	Zeitpunkt der Veränderung	Name, Vorname und Dienstbezeichnung	Art der Veränderung	Lfd. Nr.
1	[illegible]	1.12.42	[illegible]	[illegible]	13
2	II b	19.11.42	[illegible]	[illegible]	14
3	I f	4.12	[illegible]	[illegible]	15
4	II f	9.12	[illegible]	[illegible]	16

Glissmann Henry, Stadtoberinspektor neu eingesetzter Bearbeiter f.d. Referat „Beschaffung"

Schriftstücke aus Glissmanns Bemühen umd die Versetzung nach Riga aus dem Sommer 1942 sowie ein Nachweis der Dienstaufnahme im Referat „Beschaffung" im Dezember 1942. (Bildnachweise: Personalakte Glissmann, StadtA Pinneberg; Aktenteile 1936_1944 Glissmann, StadtA Pinneberg; GenK Lettland, R_92_250, BA Berlin)

durch „Sonderzuteilungen" an der verwaltungsmäßigen Verwertung jüdischen Raubgutes, das zum Teil auch an Personal der Verwaltung ging, beteiligt war, lässt sich nicht sagen. Die Quellenlage über seine Tätigkeit ist unbefriedigend: Sowohl seine umfänglichen Personalakten in Pinneberg als auch die sehr dünne Personalakte aus dem Generalkommissariat liefern keine belastbaren Informationen.[96]

Glissmanns Tätigkeit in Riga stellte keinen Aufstieg dar.[97] Er bezog das identische Gehalt weiter, und zwar von der Stadt Pinneberg, der es das Ostministerium erstattete. Man kann also von einer Art „Wehrersatzdienst" sprechen. Dem Zeitzeugen Klaus May kam Glissmann bei einem Besuch in Riga allerdings als sehr bedeutend vor: *„Er muss sozusagen der Stadtkommandant von der Partei gewesen sein, in seiner ‚Goldfasan'-Uniform und mit einem Riesenbüro. Er sorgte auch dafür, dass ich nicht mit einem Personenzug, sondern mit dem D-Zug zurückfahren konnte."*[98] – Allerdings konnten Büro und Uniform einen damals 15-Jährigen gewiss leicht beeindrucken; diese Erinnerung sollte nicht überbewertet werden.

Die überlieferte Planung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete vom Juni 1944, Glissmann – verbunden mit einer Sonderzulage – noch zum „Verwaltungsführer" im Generalkommissariat zu ernennen,[99] wurde aufgrund des Frontverlaufs und des Abzugs der Besatzungsverwaltung nicht mehr umgesetzt. (QUELLE 5 Vorgang 24.6.1944) Der Vorgang sagt aber immerhin aus, dass er zur vollen Zufriedenheit der Besatzungsverwaltung gearbeitet hat.

Es muss am Ende offenbleiben, ob und wie problematisch die konkrete Tätigkeit von Glissmann in Riga war. Es kann sein, dass er ein völlig unpolitischer Verwaltungsakteur gewesen ist, dem nichts vorzuwerfen wäre; es kann jedoch auch sein, dass er durch seine Funktion beispielsweise in Verwertungsvorgänge von Raubgut verwickelt war.

Eines ist hingegen klar: Auch wenn die meisten Mordaktionen bereits vorher stattgefunden hatten, Glissmann konnte vor Ort der Schrecken der Shoa nicht verborgen geblieben sein. Denn hier fanden die „Aktionen" öffentlich und förmlich in Sichtweite der Besatzer statt.[100]

96 StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I; StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann II; StadtA Pinneberg, Glissmann Aktenteile 1936_1944; BA Berlin R_92_PA/254 (P-Akte Glissmann). Zum Zustand der Pinneberger Überlieferung siehe oben die Ausführungen in Fußnote 32. Die personenbezogene Restüberlieferung des Generalkommissariats im Bundesarchiv Berlin ist unbefriedigend. Ob sehr aufwändige Recherchen in nicht digitalisierten Sachaktenbeständen lohnten, darf bezweifelt werden.

97 Eingabe Glissmann an 10.4.1946; Fragebogen 25.4.1946 S. 10, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 20, 11) (QUELLE 3 + 8); Vermerk 16.12.44, Errechnung der Dienstbezüge, Tabellen o.D.; 25.5.1943 Erstattung von Dienstbezügen, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I, pag. 89, 297, 393.

98 Zitiert nach Seifert 2000/2014, S. 330.

99 Regierungspräsident an Bürgermeister Pinneberg 24.6.1944, StadtA Pinneberg, Glissmann Aktenteile 1936_1944, pag. 8.

100 Genaue Erläuterungen: Uwe Danker: Hinrich Lohses Riga: Die Zentrale der „Zivilverwaltung des

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 318-319 24.11.25 08:52

Diese unmittelbare Kenntnis galt allerdings für alle Zivilverwalter und viele Wehrmachtssoldaten. – Das Hineinziehen in Gewaltverbrechen stellte ein Massenphänomen der NS-Herrschaftsausübung dar.

Rückkehr, Entnazifizierung und Wiederaufstieg

Glissmann kann, als er am 30. Juli 1945 aus der Kriegsgefangenschaft freikommt, nicht wieder nahtlos anfangen, sondern muss – wegen der Rolle in Riga und ohne Bezüge [101]– im Wartestand seine (erste) Entnazifizierung abwarten. Das Ergebnis ist im November zunächst die Entlassung durch die Briten, und zwar wegen seiner SS-Fördermitgliedschaft.[102] Angeblich auch bei den Torfstechern, jedenfalls in einer Süßmosterei[103] arbeitend, bemüht er sich um die Rehabilitation. Auch der deutsche Entnazifizierungsausschuss hält ihn im April 1946 zunächst für *„untragbar"*.[104] (QUELLE 6 Entnazifizierung 1)

Ausschussvorsitzender war Richard Köhn, ein bekannter Vertreter der örtlichen Sozialdemokratie aus der Weimarer Zeit, 1933 als Stadtverordneter zurückgetreten und Geschäftsführer der AOK entlassen, 1944 ins Konzentrationslager eingewiesen, von den Briten 1945 als Bürgermeister eingesetzt und bis 1950 im Amt.[105] Zugleich aber zählte auch Köhn zur Gruppe von mehreren örtlichen Sozialdemokraten, die, wie oben beschrieben, Glissmann für seine Bemühungen um Rehabilitation Leumundszeugnisse ausstellten.[106] Auf Anfrage der Behörden unterstützten zudem auch politische Parteien – laut Aktenlage jedenfalls KPD und SPD[107] – Glissmann, schließlich erfolgte am 28. Juni 1946 eine beeindruckende Vertrauenserklärung der Ratsversammlung: Mit 27 zu 1 votierte man für die Wiedereinstellung des Entlassenen.[108] Die Briten lenkten darauf ein und teilten Glissmann mit, die Entlassungsverfügung werde aufgehoben.[109] Er kehrte zum 1. September 1946[110] auf seinen Arbeitsplatz zurück. (QUELLE 7 Rehabilitation 1946)

Reichskommissariats Ostland" und der Holocaust – eine besondere Nähe, in: Angermann, Nobert/Mühle, Eduard (Hrsg.): Riga im Prozeß der Modernisierung, Marburg 2004, S. 265–287.

101 Hauptamt an Gattin 28.7.1945, Vermerk o.D. (Mai 1945), StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 95f).

102 „Dismis" 3.11.1945, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 48).

103 Fragebogen 25.4.1946, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 5) (QUELLE 8). Vgl. Borchardt/Stehr 2025, S. 6.

104 Empfehlung Deutscher Entnazifizierungsausschuss o.D. (4.1946), LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 16).

105 Vgl. Seifert 2000/2014, S. 25f., 110, 129f, 341ff., 362ff.; Seifert 1996, S. 42, 50ff.; May 1996, S. 97–106.

106 Siehe oben QUELLE 1.

107 Entnazifizierungsausschuss an alle Parteien 7.5.1946, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 26).

108 Gemeindevertretung 28.6.1946, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 97); vgl. Seifert 1996, S. 50.

109 Schreiben an Glissmann, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 99).

110 Vermerke 26./30.8.1946, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 102ff.).

Pr.: 22 Berufung: 195

GERMAN De-nazification Commitee

Deutscher Entnazifizierungsausschuß

LASH Abt. 460.9, Nr. 100
Entnazifizierung Glissmann
pag. 16

Kreis: Pinneberg

After consideration of this case we recommended that
Nach Beratung des Falles schlagen wir vor, daß

Glissmann (Name / Name) Henry (Christian name / Vorname)

Who was interviewed / Der persönlich befragt wurde: nein / not interviewed / nicht persönlich befragt wurde: -.-.- be

Dismissed (entlassen wird)

Retained (beibehalten wird) vorgeschlagen zur Ablehnung

Further information is required
Nähere Auskunft wird erwünscht

For the following reasons:
Aus folgenden Gründen:

gilt als untragbar
da politisch zu stark belastet.

gez. Köhn

Chairman (Vorsitzender)

Date/Datum:

Der Entnazifizierungsausschuss hält Glissmann im April 1946 für „untragbar", bestätigt damit (zunächst) dessen Entlassung. (Bildnacheis: Entnazifizierung Glissmann, LASH Abt. 460.9, Nr.100)

Im Oktober 1947 stufte ihn der Entnazifizierungsausschuss in der zweiten Instanz in Kategorie V *„entlastet"* ein und bestätigte die Wiedereinstellung.[111] (QUELLE 8 Entnazifizierung 1946/47) Henry Glissmann war jetzt völlig rehabilitiert.

111 Entnazifizierungsausschuss 18.10./3.11.1947, LASH Abt. 460.9, Nr. 100 (Entnazifizierung Glissmann, pag. 14); Vermerk 21.8.1946, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 100).

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 320-321 24.11.25 08:52

147

Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag, den 28. Juni 1946 im Rathause, Sitzungssaal.

StadtA Pinneberg
Personalakte Glissmann I
pag. 97
Transkript unten

Anwesend: pp

4. Festlegung des Stellenplans für die Stadtverwaltung.

Der Stellenplan ist den Ratsmitglieder im Entwurf vor der Sitzung zugestellt.

Die Gemeindevertretung beschliesst die Annahme des im Entwurf vorliegenden Stellenplans und fasst weiter mit 27:1 Stimme folgenden Beschluss:

Sie schenkt dem früheren Stadtoberinspektor Glissmann nach wie vor das Vertrauen und hofft, ihn bald wieder in seinem Amte zu sehen.

gez. Unterschriften

Abschr. ab 1.7.46 U.

P.

1/ An den Entnazifizierungsausschuss für den Kreis Pinneberg, z. Hd. von Herrn Bürgermeister Köhn hier

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 28. d. Mts. ist bei der Festlegung des Stellenplans ein Beschluss betr. die Wiedereinstellung des durch die Mil. Reg. entlassenen Stadtoberinspektor Glissmann ergangen.

Anbei übersende ich eine begl. Abschrift des betr. Beschlusses z. Kenntnis v. mit der Bitte, diesen Beschluss dem Einspruch von Glissmann beizufügen bzw. ihn, falls der Einspruch bereits weitergegeben ist, der Mil. Regierung nachzureichen.

2/ Begl. Abschrift des obigen Beschlusses in deutsch u. englisch beifügen.

3/ Abschr. 14 Tagen.

P. 29/6. 46. 13/4

D. Stadtdir.

Transkript (UD) StadtA Pinneberg Personalakte Glissmann 1 28.6.1946 pag 97

1. An den Entnazifizierungsausschuss für den Kreis Pinneberg,
z. Hd. Von Herrn Bürgermeister Köhn
hier

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 28. d. Mts. Ist bei der Festlegung des Stellen Plans ein Beschluss betr. Die Wiedereinstellung das durch die Mil. Reg. Entlassen, den Stadt Oberinspektor Glissmann ergangen.
Anbei übersende ich eine begl. Abschrift des Beschlusses z. Kenntnis v. mit der Bitte, diesen Beschluss dem Einspruch von Glissmann beizufügen bzw. ihn, falls der Einspruch bereits weitergegeben ist, der Mil. Regierung nachzureichen.

2. Begl. Abschrift des obigen Beschlusses in Deutsch U. Englisch beifügen.
P.(inneberg) 29/6.46 D. Stadtdir(ektor) .

148

Subject: Appeal against Dismissal. 530/IA&C/37/3-
Betr.: Berufung gegen Entlassung.

StadtA Pinneberg
Personalakte Glissmann I
pag. 99

To:- Herrn Henry GLISSMANN
PINNEBERG
An der Mühlenau.

16 Aug 46

1. You are herewith informed that your appeal against dismissal is upheld.

Lt.Col.
Comd HQ Mil Gov
LK PINNEBERG,CCG (BE)

PINNEBERG
Tele: 2183-4 Ext 3
WHB/EK.
Copy to:- Gemeindeverwaltung
PINNEBERG, Rathaus.

Übers.: 1. Wir teilen Ihnen hiermit mit, dass Ihrer Berufung gegen die Entlassung stattgegeben wird.

Die von den britischen Besatzern vollzogene Rehablitation des Henry Glissmann.(Bildnachweis: Personalakte Glissmann, StadtA Pinneberg; Transkript Uwe Danker)

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 322-323 24.11.25 08:52

Im September 1949 wurde er ohne Ausschreibung bei einer Gegenstimme und mit nachdrücklicher Unterstützung des Betriebsrats Stadtdirektor, also nach britischer Rechtsetzung Chef der Verwaltung.[112] Nachdem Schleswig-Holstein mit seiner neuen Kommunalverfassung zum tradierten preußischen Recht zurückgekehrt war und Bürgermeister wieder Verwaltungsspitzen wurden, wählte die Stadtversammlung Henry Glissmann im April 1950 mit 22:1:1 Stimmen, also mit großer Mehrheit, zum Bürgermeister Pinnebergs.[113]

Das Pinneberger Tageblatt stellte ihn vor, die Jahre 1932 bis 1948 tauchen im Artikel mit keinem Wort auf. (QUELLE 9 Pinneberger Tageblatt 25.4.1950) Nach (weiteren) 13 Jahren sehr erfolgreicher Tätigkeit ging Glissmann im Februar 1963 in den Ruhestand. Die Zeitung verabschiedete ihn unter der Schlagzeile: *„Eine Ära geht zu Ende"* und sprach – offenbar in freundlicher Absicht das patriarchale Auftreten Glissmanns charakterisierend – von einer *„Demokratur"*; sein Lebensweg bis 1948 fand wieder keinerlei Erwähnung.[114] (QUELLE 10 Pinneberger Tageblatt 2.2.1963)

Bürgermeister Glissmann (SPD) am 13. Juli 1961 während einer Rede von Willy Brandt (SPD), damals Regierender Bürgermeister von Berlin und ehemaliger NS-Gegner und Exilant. Zwei sehr unterschiedliche politische Biografien! (Bildnachweis: Geschichte-014-10, StadtA Pinneberg)

112 Diverse Vorgänge, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 109, 113f., 57–66, 437).
113 Sitzung der Stadtvertretung 24.4.1950, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 68).

Henry Glissmann, seit 1964 Träger des Bundesverdienstkreuzes I. Klasse,[115] stirbt am 24. Januar 1966.[116]

Eine Ära geht zu Ende

Ein bedeutender Abschnitt in Pinnebergs Kommunalgeschichte geht zu Ende. Wenn morgen im Bürgermeisterzimmer des Rathauses Gläser und Männerkehlen zu Ehren seines Hausherrn erklingen werden, dann zeichnet sich das Ende einer Epoche ab, die man als „Ära Glissmann" bezeichnen kann. Seit fast 15 Jahren hat dieser Mann in verantwortlicher Stellung als Stadtdirektor und Bürgermeister die Geschicke der Kreisstadt entscheidend gelenkt und ihrer Entwicklung seinen Stempel aufgedrückt.

In vielen trefflichen Reden werden seine zahlreichen Gäste morgen sicher seine Verdienste um Pinneberg, seine Vaterstadt, zu würdigen wissen, mit der er verbunden ist wie wohl kaum ein zweiter Kommunalpolitiker und Beamter dieser Stadt. Seit 47 Jahren in ihrer Verwaltung tätig, ist er von Kindesbeinen an mit ihren Menschen und Dingen geradezu intim vertraut, und aus diesem Vertrautsein und dem Wissen um die subtilsten Einzelheiten eines so vielgestaltigen Gemeinwesens am Rande der Großstadt hat er zweifellos die Kraft geschöpft und das Talent bezogen, in zahlreichen Verhandlungen viel für Pinneberg zu erreichen.

Eine Reihe von Bauwerken — vom Wasserwerk bis zur Lehrschwimmhalle —, Industrie- und Wohnsiedlungen, andere gemeinnützige Einrichtungen sowie gesunde Finanzen sind die äußeren Zeichen dieses erfolgreichen Weges, den Henry Glissmann zusammen mit einem verantwortungsfreudigen Stadtparlament in turbulenter Nachkriegszeit gegangen ist. Eines Weges, den er in der ihm eigenen Robustheit, aber auch empfindlichen Sensibilität beschritten hat. Darüber hinaus ist es ihm gelungen, die von ihm geleitete Verwaltung in ihren entscheidenden Positionen so vorteilhaft mit guten Kräften zu verjüngen, daß alle Aussicht besteht, auf dem von ihm hinterlassenen Erbe kraftvoll und sicher weiterzubauen. Sein junger Nachfolger wird kein leichtes, aber ein dankbares Amt übernehmen, das er sicher anders — was nicht schlechter zu bedeuten braucht — wahrnehmen wird als sein Vorgänger. Dessen kraftvollem Habitus entsprach es durchaus, den Begriff „Demokratur" zu prägen und danach patriarchalisch zu regieren.

Henry Glissmanns Vitalität wird es nicht zulassen, sich im üblichen Sinne zur Ruhe zu setzen, wenn er am 28. Februar aus dem Dienst der Stadt ausscheidet. Nach einem Erholungsurlaub im Harz wird er seine Erfahrungen sicher dem Fremdenverkehrsverein, dem Rosenfest, zu dessen Initiatoren er gehört, den Stiftungen „Wir helfen uns selbst" und „Pierobendhus", die er gegründet hat, den Fahltschützern und vielen anderen dem Gemeinwohl dienenden Institutionen zur Verfügung stellen. Außerdem soll seine Hühnerzucht nicht zu kurz kommen, und schließlich will er die Muße finden, sein Buch „Pinneberg — eine wachsende Stadt" endlich zu vollenden.

Die Heimatzeitung, die manchen harten Strauß — aber mit offenem Visier — mit ihm ausgefochten hat, gratuliert zu seinem Ehrentage, der das Ende einer Epoche in Pinnebergs 88jähriger Stadtgeschichte einleitet.

Hans Ohle

Henry Glissmann, die obligate Rose im Knopfloch

Die Ära Glissmann geht Anfang 1963 zu Ende. Ein historischer Rückblick ohne die Jahr 1933 bis 1945 im Pinneberger Tagblatt am 2.2.1963.

Fazit

In allen politischen Lagern Achtung genießend, wirkte Henry Glissmann als umsichtiger und erfahrener Verwaltungsmann sehr erfolgreich in drei deutschen Herrschaftssystemen.

Seine Berufsbiografie kann als eine durchaus typische, von Grautönen getragene deutsche Verwaltungskarriere im 20. Jahrhundert interpretiert werden.[117]

Ob sie geradlinig und durchweg ethisch vertretbar verlief, oder ob der Aufenthalt in Riga 1941–44 mit Schatten individueller Verstrickung verbunden war, muss offenbleiben.

114 Pinneberger Tageblatt 2.2.1963, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 247).
115 LASH Abt. 605, Nr. 13605 (Ordensakte Glissmann), pag. 3.
116 Sterbeurkunde, StadtA Pinneberg, Personalakte Glissmann I (pag. 459).
117 Vgl. beispielsweise: Michael Ruck: Kontinuität und Wandel. Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik, in: Wilfried Loth, Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1998, S. 117–142. Für Schleswig-Holstein: Danker/Schwabe 2022, S. 468–497.

Demokratische Geschichte 34_S_001_400_98528.indd 324-325 24.11.25 08:52